

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1930

15.1.1930 (No. 15)

legenheit nehmen wird, ihre Stellungnahme gegenüber den letzten Vorfällen mit aller Deutlichkeit darzulegen.

Da der Draft zwischen dem Haag und Berlin am Dienstag fortwährend spielte, konnte sehr bald zwischen der Haager Delegation und dem Reichskabinett die Übereinstimmung über den Vorschlag einer gegenseitigen Verpflichtung zur Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen hergestellt werden.

Im Haag selbst herrschte am Dienstag verhältnismäßige Ruhe. Alle Arbeiten gingen weiter, ohne daß ernstlich jemand von einer Gefährdung der Konferenz durch den Brief des Reichsbankpräsidenten sprach.

Tardieu erstattet dem Ministerrat Bericht.

In dem Ministerrat, der heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Doumergue, und in Anwesenheit der beiden aus dem Haag zurückgekehrten Kabinettsmitglieder, des Ministerpräsidenten Tardieu und des Arbeitsministers Loucheur, stattfand, erstattete Ministerpräsident Tardieu, wie Savas meldet, Bericht über alle Verhandlungen, die er und seine Kollegen, Außenminister Briand, Finanzminister Chéron und Arbeitsminister Loucheur seit dem 3. d. M. im Haag geführt haben.

Arbeitsminister Loucheur erstattete über die Verhandlungen zur endgültigen Regelung der Reparationen Bericht. Der Ministerrat hat einstimmig die von der französischen Delegation im Haag eingenommene Haltung gebilligt, sie zu den bereits fest erzielten Ergebnissen beglückwünscht und hinsichtlich der übrigen Fragen, die noch zu regeln sind, seine früheren Beschlüsse bestätigt.

Parlamentsöffnung in Paris.

Kammer und Senat haben heute nachmittag ihre Sitzungen begonnen. Dem Vernehmen entsprechend leiteten die Alterspräsidenten die parlamentarischen Arbeiten mit Ansprachen ein. In der Kammer befaßte sich der linksrepublikanische Abgeordnete Sibylle mit einer An-

regung zur Abänderung der Abstimmungsgepflogenheiten in der Kammer. Darnach soll die Vertrauensfrage im Namen der Regierung nur infolge einer Interpellation über deren allgemeine Politik gestellt werden, nicht aber wegen einer Anfrage an einen einzelnen Minister, die sich auf Beschlüsse bezieht, die ohne besondere Billigung des Kabinetts gefaßt wurden.

Kelloggspakt und Völkerbund.

Die Arbeiten des Rats. — Zollwaffenstillstandskonferenz am 17. Februar

WTB. Genf, 14. Jan.

Mit Rücksicht auf die für heute abend angelegte Rückreise des englischen Außenministers sind auch heute zwei Sitzungen des Völkerbundsrates anberaumt worden. Die Vormittagsitzung war ausgefüllt durch juristische und wirtschaftliche Fragen. Der Rat beschloß, zur Prüfung der durch den Beitritt aller Völkerbundsstaaten zum Kelloggspakt notwendig gewordenen Abänderungen des Völkerbundsstatuts ein Juristenkomitee einzusetzen, dessen Zusammenlegung noch in einer vertraulichen Sitzung bestimmt werden wird.

Briand betonte gegenüber Henderson, daß die dem Völkerbundsstatut innewohnende Wirksamkeit durch das wiederholte erfolgreiche Eingreifen des Völkerbundsrates bei drohenden Konflikten erwiesen sei. Er sprach sich für eine sehr breit angelegte gründliche Prüfung der Frage aus, wobei auch die vom Sicherheitskomitee behandelten Fragen über die Mittel zur Kriegsverhütung ins Auge gefaßt werden sollten.

Staatssekretär von Schubert stimmte der von Briand angeregten Prüfung aus breiterer Grundlage zu und erinnerte daran, daß Deutschland dem Sicherheitskomitee seinerzeit besondere Vorschläge zur Verhinderung der gegenwärtig vorhandenen Kriegsverhütenden Maßnahmen unterbreitet hat. Sodann legte Staatssekretär von Schubert eine Reihe von Vorschlägen über die wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes vor, aus denen vor allem zu erwähnen ist, daß auf seinen Vorschlag die Zollwaffenstillstandskonferenz auf den 17. Februar ds. J. nach Genf einberufen worden ist.

sidium ist der bisherige Präsident, der sozialistische Abgeordnete Bonisson.

Im Senat widmete der Alterspräsident Fleury Marshall Foch und Clemenceau warme Nachrufe. Hinsichtlich der Haager Konferenz erklärte er, die erste Tagung im Haag wäre ein sicherer Misserfolg gewesen, wenn Frankreich nicht durch seinen entgegenkommenden Geist einen überzeugenden Beweis für seinen aufrichtigen Friedenswillen gegeben hätte, allerdings unter Aufrechterhaltung der unerlässlichen Garantien, die seine Sicherheit und die Wahrung seiner Grenzen erforderten.

Hitler und Kronprinz Rupprecht

Hitlers Ultimatum vor Gericht

WTB München, 14. Jan.

Der durch eine Nachricht der „Münchener Telegramm-Zeitung“ über ein angebliches Ultimatum Hitlers an den ehemaligen Kronprinzen von Bayern ausgelöste Beleidigungsprozess gegen den Schriftleiter des genannten Blattes, Karl Nabe, hat heute vor dem Amtsgericht München unter großem Andrang des Publikums begonnen. Bekanntlich hatte die Telegramm-Zeitung am 1. November 1929 unter der Überschrift „Hitler bedroht den Kronprinzen“ behauptet, daß Hitler am 27. Oktober ein befristetes Ultimatum an den Kronprinzen richtete und von ihm eine mit den Tatsachen nicht übereinstimmende Erklärung über seine ablehnende Haltung zum Volksbegehren forderte.

Hitler hatte ein solches Ultimatum in Abrede gestellt und gegen die Zeitung geklagt. Zu Beginn der Verhandlung bestritt er auf das Entschiedenste, irgend jemand zum Kronprinzen geschickt oder sonstwie gedroht zu haben.

Von den vernommenen Zeugen befandete Oberst von Lenz, daß er schon im Ansatze den Kronprinzen von dem bevorstehenden Volksbegehren unterrichtet habe. Der Kronprinz sei von der Aktion zwar erfreut gewesen, habe aber erklärt, daß er persönlich sich nicht daran beteiligen werde, da er über den Parteien stehen wolle. Der Zeuge Fürst zu Dillingen berichtete von einem Gespräch mit dem Kunstmaler Reichel, dieser habe damals gesagt, daß Hitler sehr erregt über eine Erklärung des Reichstagsabgeordneten Loibl gewesen sei und verlangt habe, daß von Seiten des kronprinzlichen Kabinetts unbedingt eine Stellungnahme erfolgen müsse, widrigenfalls Hitler mit seiner ganzen Macht gegen den monarchischen Kronprinzen Stellung nehmen würde.

Der nächste Zeuge, der Kabinettschef des ehemaligen Kronprinzen, Graf Soden, berichtete

mäßigen Aktion zur Erleichterung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und teilweisen Niederlegung der Zollschranken und sonstigen Hindernisse, worüber vor Ende des Zollwaffenstillstandes eine allgemeine internationale diplomatische Konferenz Kollektivverträge abzuschließen haben wird.

Zum Schluß der Sitzung behandelte der Völkerbundsrat in rascher Folge einige weitere Punkte der Tagesordnung. Erwähnt sei die abermalige Vertagung des ungarisch-rumänischen Disputes, nachdem beide Parteien dem Berichterstatter im Hinblick auf die gegenwärtig im Haag schwebenden Verhandlungen über die Reparationen ihr Einverständnis schriftlich erklärt hatten. Der finnische Vorschlag, den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag den Charakter einer Revisioninstanz zu geben, wurde zur weiteren Prüfung einem engeren Ausschuss von Juristen überwiesen, die den Delegationen der Ratsmächte angehören. Schließlich gab der Generalsekretär Sir Eric Drummond auf eine Frage des englischen Außenministers Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten für den Bau des Völkerbundsgebäudes. Briand unterstrich in diesem Zusammenhang mit Nachdruck die Notwendigkeit, die Bauarbeiten zu beschleunigen.

lete von den verschiedenen Interventionsversuchen des genannten Reichel. Wörtlich habe Reichel am 27. Oktober bei einem Telefongespräch dem Zeugen gegenüber ausgeführt: „Ich habe von Hitler offiziell — wohlgerne ganz offiziell — den Auftrag erhalten, Ihnen, Herr Graf, zu sagen, Hitler müsse annehmen, daß die Loiblsche Erklärung im Auftrage des Kronprinzen erlassen sei und daß damit ein Dolchstoß des Kronprinzen gegen Hitler und seine Bewegung vorliege. Er werde daraus die Konsequenzen ziehen und den Kronprinzen in der Desfinitivität schärfstens bekämpfen, wenn von Kronprinzen nicht bis heute abend 11 Uhr eine von Hitler schriftlich formulierte Erklärung veröffentlicht würde.“ Reichel habe jedoch den Wortlaut dieses von Hitler gewünschten Demarkas mitgeteilt. Der Zeuge Graf Soden bemerkte hierzu, er habe sich geweigert, diese Mitteilung an den Kronprinzen überhaupt weiterzuleiten, und als Reichel neuerdings in ihn gedrungen sei, habe er erwidert: Eine solche Unverschämtheit ist mir überhaupt noch nicht vorkommen. Das will also der Monarchist Hitler sein. Der Teufel soll den Hitler und Euch alle holen!“

Ein wird ein Mädchen ein Braut,
Mit wollen Pital ihren Haus,
Doch wenn ein Kaiser-Lokax nimmt,
Wird einmuglart ein Haus bittimm.

Aber KASER-Lokax muß es sein in der bekannten roten Originalpackung, überall erhältlich

Metaphysik als Wissenschaft vom Letzten.

Hugo Dinglers Werk *) gehört zu den seit Sokrates und Plato immer wieder erneuten Versuchen, eine letzte Sicherheit zu gewinnen, in welcher alle unsere Erkenntnis wurzelt und die geeignet ist, der Geist eine unerlöschliche Unterlage zu verschaffen. Daß hierzu weder der denkfeindliche Intuitionismus noch eine induktive Philosophie imstande ist, darüber ist der Verfasser sich völlig klar. Er glaubt nun, eine solche letzte Sicherheit in erkenntnistheoretischer Beziehung auf dem von ihm sog. „vorausbedeuteten“ Standpunkte zu besitzen, d. h. auf einem Standpunkte, der die Dinge einfach nimmt, wie sie sich ihm darbieten, ohne sie wie bisher alle Wissenschaft und Philosophie gewollt hat, auf einen eindeutigen Ausdruck zu bringen, auf dem sie hypothetisch werden. Die „Realität“ ist hier das allein unmittelbar Gegebene, und wir haben nicht nötig, eine solche erst nachträglich auf Grund des gegebenen Bewusstseins oder Wahrnehmungsinhaltes zu konstruieren. Und ebenso sollen wir uns bei allem Denken und Handeln unmittelbar unseres Willens bewußt sein, der als Verursacher und Lenker hinter allen Gedanken und Handlungen steht, das Letzte in unserem Bewußtsein bildet und als solches selbst „diesseits alle Beziehungen“ und in diesem Sinne „frei“ ist. Das ist offenbar der Standpunkt des sog. naiven Realismus, wie v. Kierkegaard ihn durch sein „Das Wahrgenommene ist“ philosophisch zu rechtfertigen sich bemüht hat, ohne daß es Dingler meinem Dafürhalten nach gelungen ist, ihm eine höhere Wahrscheinlichkeit zu verschaffen. Es ist dabei übersehen, daß alles, was Inhalt meines Bewusstseins ist, die äußere Wirklichkeit der Gegenstände sowohl wie die innere meines Willens, Bewußt-Sein oder Vorstellung ist; Bewußt-Sein ist Empfindungs-Sein; Empfindungen können aber weder eine Wirklichkeit

noch die Tätigkeit des Willens begründen, da sie rein passiv und zufälliger Natur sind und also auch nichts Letztes sein können. Daß wir uns einer Wirklichkeit und unseres Willens bewußt sind, besagt schon, daß wir jene beiden nicht unmittelbar selbst, sondern nur ein bloß subjektiv gefärbtes Spiegelbild von ihnen haben, wie denn Dingler selbst in Bezug auf den Willen von einem bloßen „Willensgefühl“ spricht, in welchem uns dieser gegeben sein soll. Das passive Gefühl ist aber nicht der Wille als solcher selbst, und Dingler ist somit in der gleichen Täuschung befangen, wie Schopenhauer, wenn er meint, im Willen den letzten Grund, das Subjekt alles Bewusstseins unmittelbar als solchen zu erkennen, und diesen, weil er der Verursacher des Vorstellens ist, als „frei“ bezeichnen zu können, der „arundlos“ die Motive seines Handelns wählt.

Ebenso anfechtbar, wie die erkenntnistheoretischen und ontologischen, sind auch die ethischen Prinzipien Dinglers. Aus dem Wunsche heraus, mein eigenes Leben zu erhalten, soll ich genötigt sein, auch das Leben der anderen ohne die ich selbst nicht leben kann, zu erhalten, und demnach die Dauererhaltung der Menschheit das oberste Ziel des Handelns bilden. Da hiernach das sittliche und das für mich nützlichste Handeln in eins zusammenfallen, so läßt seine Bestimmung auf reine Nützlichkeitsethik, einen verdeckten Egoismus hinaus, der das Gegenteil alles sittlichen Handelns bildet. Auf die weiteren Darlegungen Dinglers näher einzugehen, ist hier nicht der Ort. Sie beruhen in ihren Ergebnissen auf derselben Selbsttäuschung, wie das Vorangegangene, so auch seine Ausführungen über das Absolute als „reinen“, „freien“ Willen im Sinne Schopenhauers als das „wirklich Letzte“, dessen wir uns im Erlebnis unmittelbar bemächtigen und der einerlei sein soll mit unserer sog. Seele, woraus sich alsdann die Zustimmung zur religiösen Mystik ergibt. Diese religiöse Mystik aber ist eine Illusion. Es bleibt dabei, daß fernern wir uns unseres Willens bewußt sind, daß wir auch von unserm Willens selbst ist, daß wir auch von unserm

Willen nur ein Gefühl, eine Empfindung, eine Vorstellung besitzen, diese selbst aber etwas ganz anderes ist als unser Wille selbst als solcher. (In meiner Einführung in die Philosophie. Die Erkenntnis der Wirklichkeit als Selbst-Erkentnis 1921.) Der Versuch Dinglers, der induktiven und daher hypothetischen Metaphysik gegenüber eine solche von zweifelloser Sicherheit zu begründen, ist hiernach ebenso mißlungen, wie alle übrigen dahin zielenden Versuche der Spekulation seit Sokrates. Wir müssen uns in aller Wirklichkeitserkenntnis mit bloßer Wahrscheinlichkeit begnügen, und daran ändern auch die Verachtung nichts, mit welcher Dingler auf die induktive Spekulation herablickt und der auf Erfahrungen und Naturwissenschaft gegründeten Metaphysik die feintige als die wahre und echte entgegenstellt.

IV. Volks-Sinfonie-Konzert.

Eine interessante Erkaufung: „Sberia“, drei (spanische) Bilder für Orchester, von Claude Debussy, einem modernen und bereits nicht mehr modernen Franzosen († 1918), für den sich Kapellmeister Schwarz einmal höchst lobenswert als Dirigent, zum andern als reichlich tapferer Anwalt im Programmheft einsetzt. Man wird diese Musik — vielleicht weil sie uns in den hiesigen Konzerten noch wenig vertraut ist — nun deshalb nicht ablehnen können, am allerwenigsten soll es mit Schlagworten geschehen. Man wird diese „Musik ohne innere Notwendigkeit“ aber auch nur im Zusammenhang mit der ganzen geistigen Entwicklung der „Decadence“ um die Jahrhundertwende begreifen können. Zwei verbildeter Geist, zwei Literatur (!); das bedeutet auf dem Gebiete der Musik: die immer stärker um sich greifende Abkehr von der ursprünglichen Idee. Die heutigen Kulturmenschen haben es in der Tat nicht leicht, auf vollkommen gereinigten Voraussetzungen ihr Schöpferium aufzubauen. Debussy ist Franzose; kein Herz, sein ganzes „nationales“ Empfinden hängt — es ist ihm christliche — am Spirit. Nun wird unser deutsches Empfin-

den, unser innerlich begründetes Kunstverlangen, nur wenig dauernde Befriedigung in einer auf rein materielle Impressionen eingestellten Stimmungsfunktion finden. Will man sich hierbei nicht überhaupt darauf beschränken, zu sagen, daß der Hörer gar nicht dazu kommt, die Musik als solche aufzunehmen und zu bewerten, dann bleibt gegenüber dem Debussyschen Prinzip, auf archaischen und jede einheitliche Form zu verzichtenden und ein Klanglokal getaufter Farbestoffe und Vibrationen zu erstreben, nur übrig: daß man sich ganz und gar ohne altsittliche Moral einem bestkanten Nervenerebnis ausliefern. Freilich, wer den „Sündenfall“ ehrlich begehrt, der weiß, wie weit seine Andeutung einem müden Aesthetismus, einer „Art pour l'art“-Vorurtheil gelten darf. Das Geistesleben, unter Mitwirkung von Schlagzeug, Glöckchen, Kastagnette und Tschellen, gab den vielrhythmischen Tongebilden, mehr die stimmungsträchtigen als verschwommenen Momente fördernd, eine verfeinerte und abgetönte Prägung von romantischem Geschmack. Die Zuhörer segelten sich für die Erkaufung stark interessiert.

Stärker noch war der Beifall, den man dem Cellisten Paul Trautvetter für sein technisch und langsam lauberes, in der Kadenz eindringlich musikalisches Spiel (Notoformationen von Schalkowsky) spendete. Der Schluß des Programms bestritten Rudolf Schwarz und sein den ganzen Abend über schloß engagierterer Orchester, welches in der Wiedergabe der beiden populär anerkannten Ariette „Sulten“ (Bize) vielgestaltig technisches Können und Wohlklang — bemerkenswert die Polabläter — entwickeln konnte. Lp.

Auch am Nationaltheater Mannheim mußte aus geldlichen Gründen mehrere Mitglieder bei Schauspiel und Oper gekündigt werden, nämlich Böhmig, Volzgen, Stöhr, Mantel, Berlen, Hoch-Schönleber und Rehsland. Man erkennt aus hieraus wieder den Ernst der Theaterlage, wie sie sich ausnahmslos und zwangsmäßig auswirkt.

*) Verlag Ernst Reinhardt, München 1926. Der Verfasser forscht heute in der Karlsruher Posttagsgemeinschaft.

Kampf gegen Anarchie und Bolschewismus.

Ein Leben im Dienst gegen Spione und Betrüger.

(Schluß.)

Von Staatsrat a. D. Wladimir Orloff.

Copyright Greiner & Co., Berlin NW 6.

Die Sowjet-Hebe gegen mich.

Meine Beobachtung der Bolschewisten seit 1917 mußte sie natürlich zu Gegenmaßnahmen zwingen. Besonders eifrig spürten sie mich in Berlin nach, wo ich mich im Auftrag General Brangels, unseres letzten Oberbefehlshabers, niedergelassen hatte. Sie suchten nicht nur meine zahlreichen Agenten in den Sowjetbehörden, sondern auch mich selbst unschädlich zu machen.

Ich stand allein und sah mich der bolschewistischen Organisation gegenüber, die Geld und unerschöpfliche Hilfskräfte, bezahlte und freiwillige, zur Verfügung hatte. Man wollte mich moralisch, wirtschaftlich und materiell zugrunde richten und gab das auch ganz unverhüllt zu.

Von der Grosstadt Bühne zur Stargage.



Der Berliner Grotesk-Komiker Erich Carow (rechts ohne Maske), der bereits jahrelang in seiner „Kochbühne“ im Nordhafen Berlins auftrat, wurde nunmehr durch die Kritik entdeckt und von einem Berliner Grosparade für eine Monatsgage von 46 000 Mark verpflichtet.

Schlichterin hat sich vergeblich bemüht, meine Ausweisung aus Deutschland zu erwirken. Das Auswärtige Amt wußte, daß ich nur gegen den Bolschewismus und nicht gegen Deutschland arbeite.

Nach der bolschewistischen Revolution haben sich alle Russen, den Parteiführer vergebend, in zwei Gruppen geteilt: für oder gegen den Bolschewismus. Als früherer Richter mußte ich mich ja den Gegnern anschließen, ganz abgesehen von politischen und moralischen Gesichtspunkten.

Kein anderer Stand wurde so erbarmungslos ausgerottet, wie die Angehörigen der Justizbehörden. Als erstes Opfer der Revolution fiel der Petersburger Untersuchungsrichter; 87 % der Justizbeamten starben in den Gefängnissen oder verhungerten.

In Jekaterinoslaw wurden allen Richtern und Staatsanwälten die Zungen u. Ohren abgeschnitten, darauf führte man die Unglücklichen mehrere Stunden durch die Stadt und löbte sie dann.

Während ein Teil der Antibolschewisten, erstickt darüber, daß das Ausland die Sowjets ruhig gewähren läßt, beschloffen hat, keine Enthüllungen zu machen, damit auch Westeuropa die Segnungen des Bolschewismus an eigenen Leiden erfährt, halten andere es für ihre Pflicht, immer wieder auf die große Gefahr hinzuweisen und Europa zu warnen.

Diese Ansicht vertritt auch ich. Man muß allen, die es zu wissen haben, über die Wirksamkeit der Bolschewisten, ihr System, die Wirksamkeit im Ausland, die Technik und die Methoden der Irreführung und Provokation die Augen öffnen.

Ich müßte nun eigentlich noch einiges über meinen Prozeß, die unmittelbaren Gründe und Ursachen sagen, die ihn hervorgerufen haben. Doch die Akten über diesen Prozeß sind noch

nicht geschlossen, und so möchte ich einweilen noch keinerlei Stellung dazu nehmen, sondern mir dies für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Die Notwendigkeit einer planmäßigen Bekämpfung der Sowjets und ihrer Wirksamkeit im Ausland — ein Standpunkt, den ich stets

vertreten habe — wird durch die Ereignisse in den allerletzten Jahren immer wieder bestätigt. Die Vorgänge in der Pariser Sowjetbotschaft, der mysteriöse Einbruch in der französischen und das ebenso mysteriöse Verschwinden des Chiffreschlüssels in der italienischen Botschaft in Berlin beweisen, daß die Bolschewisten an ihrem

erprobten System festhalten, ohne sich durch irgendwelche Enthüllungen beirren zu lassen. Ihr Ziel — die Untergrabung und Zerschlagung aller bürgerlichen Staaten, die ihnen Gostfreundschaft gewähren — werden sie erreichen, wenn die Kulturwelt die große Gefahr nicht erkennt und ihr rechtzeitig begegnet.

Sklarek gelder für Parteikassen.

Reichstagsabgeordneter Bruhn vor dem Sklarekausschuß.

VDZ. Berlin, 14. Jan.

Der Sklarek-Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages setzte am Dienstag seine Beweisaufnahme fort. Bezirksverordneter Kaufmann Perl (D.F.) sagte aus: Ich habe schon vor Jahren eine Anfrage eingebracht, in der ich darauf hinwies, daß die Sklarek-Ware mehr als 100 Proz. teurer sei als die des Kleinhandels. Prominente Berliner Firmen haben erklärt, sie könnten Kundermäntel für 11,75 M. liefern, für die die Sklarek von der Stadt 28 M. erhielten. (Hört, hört!) Auf Reklamationen ermäßigten die Sklarek ihre Preise ohne weiteres so, daß sie

statt 30 Anzüge für den gleichen Gesamtpreis 48 Anzüge lieferten. Der Preisgestaltung und der ermittelten Kalkulationsart nach ist der Magistrat von den Sklarek in einer Art betrogen worden, wie ich sie mir schlimmer nicht denken kann.

(Sehr wahr, bei der Wirtschaftspartei.) Der Verlust an den Fälligkeiten ist ein Pappentitel gegen das, was der Sklarek von der Stadt allein durch die Uberteuering zuzieht. Ich schätze den Umsatz der Sklarek auf etwa 30 Millionen. Bei vorläufiger Schätzung des Ergebnisses der Lieberpreise ist die Stadt um zirka 25 Millionen betrogen worden. (Veh. hört, hört, rechts.)

Als nächster Zeuge wird der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bruhn vernommen.

Vorsitzender Schwenk: Sie haben in Ihrer Zeitschrift „Die Wahrheit“ behauptet, die deutschnationale Volkspartei habe von den Sklarek Barzahlungen erhalten, sei also gewissermaßen von den Sklarek subventioniert worden.

Wilhelm Bruhn: Vor einigen Jahren, es wird wohl 1927 gewesen sein, fragte mich Leo Sklarek,

mit dem ich mich duzte, ob mir der Stadtverordnete Ganzow (Dnt.) bekannt sei. Als ich dies bejahte, sagte Leo Sklarek, Ganzow habe von ihm Geld für die deutschnationalen erhalten wollen und ihm erklärt, er käme von Stadtrat Wege (Dnt.). Ich habe von dieser Unterbrechung einige Tage später dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Lanerrenz andeutungsweise Mitteilung gemacht. Lanerrenz ging aber nicht darauf ein. Ich hatte den Eindruck, daß ihm das, was ich ihm sagte, unangenehm wäre. Nach einiger Zeit sagte mir Leo Sklarek abermals: „Ganzow hat wieder etwas für seine Kaffe abgeholt!“ Er nannte aber keine Zahl, während er das erstmal erklärte, Ganzow hätte 2000 Mark erhalten. Das hat sich mehrere Male, in verschiedenen Zeitabständen wiederholt. Ende 1928 sagte mir Leo Sklarek eines Tages in vorwurfsvollem Tone: „Du, höre mal, der Ganzow war schon wieder hier. Sag' ihm doch, nun solle er aber mal Pause machen!“ Ich erwiderte: „Was willst du denn von mir, was geht mich das Geld der Berliner Deutschnationalen an!“ Ich habe damals nichts zu Ganzow gesagt. Erst als die Sklarek-Affäre aufkam, habe ich mich mit Ganzow über diese Dinge unterhalten. Daß er mehrere Male von Sklarek Geld erhalten hätte, bestritt Ganzow.

Zeuge Stadtverordneter Lüdke erklärt, von einer Geldübergabe der Sklarek an Ganzow habe er erst durch die Zeitungen erfahren. Es sei ausgeschlossen, daß die deutschnationale Fraktion Schweigegelder von den Sklarek erhalten hätte.

Zeuge Ganzow: Anlässlich der Schwurgerichten, in denen sich seinerzeit die „Nationalpolitische“ befand, besonders im Hinblick auf die Gehaltszahlung an die Angehörigen, habe ich für diesen Zweck von Leo Sklarek 2000 Mark bekommen, nachdem Stadtrat Wege mich darauf hingewiesen hatte. Der Zeuge Ganzow erklärt noch, die deutschnationale Landesverbandskasse habe anlässlich der Wahlen von der „Rebala“ (Berliner Damen- und Voger-Verein) Zuwendungen erhalten. Die Sklarek seien also nicht die einzigen gewesen, die den Parteien gelegentlich etwas gaben. Die Rebala hätte auch anderen Parteien Gelder gezahlt. Die Sklarek hätten ebenso an die sozialdemokratische Partei Gelder gegeben. Ich habe, so erklärt der Zeuge Ganzow, einmal ein

Zur linken Hand getraut...

ist der Titel unserer neuen Artikelserie, mit deren Abdruck wir morgen im „Karlsruher Tagblatt“ beginnen. Wenn wir auch in unserer Zeit der Wandelbarkeit aller Begriffe nichts mehr darin finden, wenn eine in Not geratene Prinzessin einen Millionär oder ein verarmter Prinz eine reiche Filmdiva heiratet, wie das ja jetzt an der Tagesordnung ist, so können wir es uns aber wohl denken, daß zu einer Zeit, als die Standesgleichheit der Geburt noch die Heiraten der Fürsten und des hohen Adels bestimmte,

Verbindungen zwischen Regenten und Bürgermädchen

den Gesprächsstoff der gesamten Umwelt bildeten. Die Mesallianzen und Ehen zur linken Hand sind überhaupt eines der interessantesten Kapitel der Geschichte. Häufig genug sind sie sogar von weitreichender historischer Bedeutung geworden und haben mehr als nur Gesprächsstoff für den engeren Umkreis des eigentlichen Geschehens geliefert. Komödien und Tragödien verbergen sich hinter derartigen Liebesheiraten von Fürsten und anderen Herren dieser Welt — eine unerschöpfliche Fundgrube ebenso für den Geschichtsforscher wie für den Geschichtsschreiber.

25 Jahre schwimmende Schifferkirche.

■ Berlin, 14. Jan.

Der Gedanke, auch für Schiffer Kirchen zu schaffen, die den Bedürfnissen des seefahrenden Volkes entsprechend als Schiffe auf den Binnen- und auf dem Meere von Ost nach Ost fahren, ist nicht neu und gerade in den letzten Jahren wiederholt in die Tat umgesetzt worden. Dieser Tage hat nun wohl eine der ältesten

Bei der Jubiläumfeier am Sonntag zeigte die Schifferkirche reichen Girlandenschmuck. Ueber den Landweg wählte sich ein großer Girlandebogen mit der Zahl 25. Ebenfalls zeigte sämtliche im Hafen liegenden Schiffe Flaggen- und Girlandenschmuck. Um 9 Uhr brach der Bläserchor der Dankeskirche auf dem Verdeck der Schifferkirche verschiedene Musikdarbietungen zu Ge-



Die Geistlichen verlassen nach dem Festgottesdienst die schwimmende Schifferkirche.

schwimmenden Schifferkirchen, die gegenwärtig im Weichhafen Berlins stationiert ist, ihr 25-jähriges Bestehen in Form einer besonderen Feier begehen können. Im Jahre 1905 wurde diese schwimmende Kirche ebenfalls in Berlin im Humboldthafen eingeweiht. Die schwimmende Schifferkirche ist ein besonders umgebauter Kattaker, der hauptsächlich im Sommer auf den von Berlin angangenen Binnen- und auf dem Meere umherfährt und auf dem allmonatlich für die unterwegs befindlichen Schiffsleute Gottesdienste abgehalten werden.

hört. Um 10 Uhr bewegte sich ein Festzug, zu dem in der Nähe liegenden Reformationsstraße, wo ein Festgottesdienst abgehalten wurde. Pastor Lindenmeyer von der Schifferkirche hielt die Predigt. Wie weit der Ruf der Schifferkirche geht, zeigt, daß in den schwereren Jahren der Inflation Unterstützungen aus der Schweiz, Holland und sogar aus China einliefen. Der Geistliche teilte mit, daß er einen Betrag von 750 M. aus Anlaß des 25-jährigen Jubiläums aus Schifferkreisen für wohltätige Zwecke überreicht erhalten habe.

Dankschreiben der SPD für 1000 M. auf Sklarek's Schreiakt

liegen gesehen. Ich bin im Ganzen 5-6mal bei Sklarek gewesen. Für andere als Parteizwecke habe ich von den Sklarek keine Gelder bekommen. Ich habe auch keinem Oremium in der Stadtverwaltung angefordert, bei dem ich den Sklarek hätte nutzen können. Ich habe die Sklarek für hochanständige Leute u. ihre Firma für sehr seriös gehalten.

Auf Betragen erklärt Ganzow noch, daß er die von Sklarek zunächst erhaltenen 2000 M. an den deutschnationalen Landesverband abgeführt habe.

Der frühere Bürgermeister Schneider (Soz.) vom Bezirk Mitte erklärte: Ich war dienlich so stark überlastet, daß ich im Januar 1927 meinen Vertreter, Stadtrat Gorden, beauftragte, von da ab Mietverträge usw. ohne mich zu erledigen. Daher haben mich denn auch die Sklarek'schen Mietverträge dienlich gar nicht mehr beschäftigt. Deshalb kann ich auch nicht im Jahre 1928 den Sklarek'schen Wunsch nach Mietermäßigung unterstützt haben. Ich muß entschieden die Behauptung zurückweisen, als ob ich versucht hätte, den Grundstücksreferenten vom Bezirk Mitte, Neuenhof, zugunsten der Sklarek zu beeinflussen.

Bürgermeister Schneider gab dann eine Darstellung seines Verkehrs mit den Sklarek. Er habe sich mit Leo Sklarek geduzt, da er ihn für einen durchaus ehrenhaften Kaufmann gehalten habe. Seine früheren vor dem Staatsanwaltschaftsrat Weisenberger in der ersten Bestürzung gemachten Quackstümpfe widerrufe er. Anzüge habe er sich bei der Firma Sklarek arbeiten lassen, er habe sie aber später mit etwa 200 M. bezahlt. Silberne Leuchter seien seiner Frau zu Weihnachten geschenkt worden. Er habe die Geschenke erwidert und Sklarek u. a. ein Mäntel geschenkt.

Zeuge Stadtrat Jangemeister äußerte sich über die Grundstücksangelegenheiten mit den Sklarek. Daß der Oberbürgermeister sich mit dieser Sache beschäftigte, was ja auffallend gewesen sei, könne man aber verstehen, da der Oberbürgermeister für den Straßendurchbruch in der Kommandantenstraße ein großes Interesse gehabt habe. Der Zeuge bestätigte, daß er von den Sklarek 6000 M. erhalten habe, die er an den Reichsverein Charlottenburg der deutschnationalen Volkspartei weitergeleitet habe. — Darauf vertagte sich der Ausschuss am Mittwoch.

Badische Rundschau.

Musikpflege in Baden: Delegiertentagung des Musikgaues Hanauerland Die Veranstaltungen 1930.

Am Sonntag nachmittag hielt der „Musikgau Hanauerland und Umgebung“ in Regelsburch Landdelegiertentagung ab, zu welchem von 18 eingeladenen Gauvereinen 15 Musikvereine und Kapellen je 2 Delegierte entsandt hatten. Außer diesen war noch eine statische Anzahl sonstiger Mitglieder der Gauvereine erschienen, so daß das Versammlungslokal die zahlreichen Gäste kaum zu fassen vermochte. Der örtliche „Musikverein“ eröffnete mit einem temperamentvoll vorgetragenen Marsche die Tagung, worauf der 1. Vorstand des Gaus, Herr Rüdels-Sundheim den Willkommungs-entbot. In gleicher Weise begrüßte auch Vorstand Ruch vom Musikverein Regelsburch die Versammlung.

Hierauf erstattete der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht, indem er besonders bemerkenswerte Geschehnisse eingehender Erörterung würdigte und in vorderster Linie über den erfreulichen Verlauf des 1. Gaumusikfestes in Kork berichtete. Weiterhin gab er einen kurzen Überblick über den Tätigkeitsbericht, welcher am 2. Bundestag in Waldshut vom Bundespräsidenten erstattet worden war, und wies u. a. auch auf die regen Beziehungen zwischen Gau und Bund hin, die sich im Interesse der Pflege unserer deutschen Musik während des verfloffenen Geschäftsjahres entwickelten. Der Gauvater Kern-Mollen erstattete den Kassenbericht, welcher mit einem Plus von 225 M abschließt.

Bezüglich des im Sommer 1930 in Schweningen stattfindenden 1. Bundesmusikfestes gab der Vorsitzende die Beschlüsse der Bundestagung bekannt, mit dem gleichzeitigen Ergehen an die Vorstände der Vereine, evtl. Anmeldungen zur Teilnahme rechtzeitig übermitteln zu wollen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl sämtlicher bisheriger Mitglieder. Außerdem wurde die Zahl der Beisitzer durch Zuwahl von 2 auf 4 erhöht.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, das 2. Gaumusikfest im Mai dieses Jahres in Freistadt abzuhalten, wobei von einem Preiswettbewerb bzw. Wettbewerbspokal abgesehen wird. Der nächste Delegiertentag wird Ende Februar in Rappinweiler stattfinden. Damit war die inhaltreiche Tagesordnung erschöpft. Zum Abschluß gab die Regelsburcher Musikkapelle noch einige Stücke zum Besten, welche von den Gästen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. —mr.

Mr. Rehl, 14. Jan. Am Sonntag nachmittag fand im Gasthaus „Schiff“ die Generalversammlung des „Hanauer Musikvereins“ statt, welche sich eines recht zahlreichen Besuches erfreute. Der 1. Vorstand Fritz Dörr, erstattete Bericht über das verfloffene Jahr. Auch in diesem Jahre werden die von der Einwohnerschaft dankbar aufgenommenen volkstümlichen Konzerte in ungezwungener Folge bestehen bleiben. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt.

Gemeinderatsitzung Gaggenau.

Gaggenau, 14. Jan. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde beschlossen, daß die Arbeitslosen aus der Krisenfürsorge zur Leistung einer Arbeit an zwei Tagen wöchentlich gegen Vergütung verpflichtet werden. So soll in diesem Arbeitsprogramm auch die häßliche Kanalisation links der Murg durch Verlagerung des Kanals an die Kanalisations- und Kläranlage rechts der Murg angefaßt werden.

In die Kommission für die Schädlingsbekämpfung, die nach dem in Kraft gesetzten Ortsstatut an sämtlichen Obsthäusern der Gemarkung durchzuführen ist, werden neben dem Vorsitzenden (Bürgermeister Schneider), und dem Vorsitzenden des Obstbauvereins (Fabriziant König), zwei Stadträte und drei Gemeinderatsmitglieder bestimmt.

Ein durch neue Verhandlung aufgestellter Tilgungsplan von der Karlsruher Lebensversicherungsbank A.G. für ein früheres Darlehen wird genehmigt. Die Aufwertung eines alten Darlehens von der Verbandssparkasse Rappinheim mit 326 M. wird ferner genehmigt.

Das der Stadt gehörige Gelände an der Amalienbergstraße soll gänzlich zur Verbreiterung des Bürgersteiges dienen, um künftig die Abhaltung des Marktes bequemer zu gestalten.

Dr. Malch (Amt Ettlingen), 14. Jan. Da der dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl für ungültig erklärt worden ist, findet hier am kommenden Samstag, 18. Januar, Neuwahl statt. Hierzu wurde von der sozialdemokratischen Partei der Reichsreiter Wehler als Kandidat vorgeschlagen. Zentrum und Landbund unterstützen seine Kandidatur, so daß mit der Wahl Wehlers gerechnet werden kann.

Dr. Baden-Baden, 14. Jan. Bei der Wahl des bisherigen Bürgermeisters Elmer zum Oberbürgermeister von Baden-Baden hat das Zentrum seine Zustimmung zur Wahl davon abhängig gemacht, daß die dadurch freierwerdende Bürgermeisterstelle, wenn nicht mit einem Angehörigen des Zentrums, so doch mindestens mit einem Katholiken besetzt werde. Es besteht die Absicht, diese Stelle dem früheren Bürgermeister von Ettlingen, Rechtsanwalt Botzka, der zusammen mit dem früheren Justizminister Trauf in Karlsruhe ein Rechtsanwaltsbüro unterhält, anzubieten.

Wieder ein schwerer Raubüberfall in Mannheim.

Zwei Frauen die Aktentasche entrißen.

Dr. Mannheim, 14. Jan. Gestern abend gegen 11 Uhr versuchten drei Burthen beim Verlassen des Schlachthofes die Viehhändlerfrau Pösch und ihre Tochter zu berauben. Beide wurden am Kopf durch Stich- und Schlagwunden verletzt. Die Täter sind mit einer Karte, die aber nur Geschäftspapiere enthielt, in die Gärten hinter dem Schlachthof entkommen. Die verletzten Frauen wurden mit dem Auto ins Krankenhaus verbracht.

Zu dem Raubüberfall berichtet der Polizeibericht, daß den Tätern eine Aktentasche mit 108 Mark Inhalt in die Hände fiel.

Großfeuer bei Oppenau.

Dr. Oppenau, 14. Jan. In dem benachbarten Ort Maifach brannte der Bauernhof des Maifachbauern, der auch Bürgermeister der Gemeinde ist, bis auf den Grund nieder. Das Großvieh konnte gerettet werden, während 2 Schweine, das Federvieh und das Inventar ein Raub der Flammen wurden. Als Brandursache wird Kurzschluss vermutet.

h. Ettlingen, 14. Jan. Heute früh gegen 4 Uhr brach in dem über der Burklische befindlichen Holzweicher des Gastwirts Karl Traut „Zum Deutschen Haus“ Feuer aus. Das Feuer wurde alsbald bemerkt und ziemlich rasch gelöscht. Die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt. Die Nachforschungen dauern noch an; man vermutet aber Brandstiftung.

Die Feuerwehren im Bezirk Bruchsal.

In Bruchsal fand eine Tagung der Feuerwehrrundkommandanten des Bezirks statt, deren Vorsitz Kommandant Rahn er-Bruchsal führte. Es wurde beschloffen, den Delegiertentag am 18. Mai in Friedriehsthal abzuhalten.

An Feuerwehreffesten finden dieses Jahr statt: Philippsburg am 1. Juni 70jähriges Stiftungsfest, Heidelberg am 6. Juli 60jähriges, Unteröwisheim am 27. Juli 60jähriges, Zentern am 17. August 50jähriges Stiftungsfest. Durch das Los wurden 3 Wehren zur Teilnahme am Kommandantentag bestimmt. Kommandant Rahn referierte sodann über die Unfallversicherung der Feuerwehrmänner durch die Gemeinden, indem die Landesfeuerwehrrunde die Kosten der Schadenvergütung nicht mehr trägt. Es ist Sache, daß sich die Kommandanten mit den Gemeinden hierüber verständigen.

Zum Schluß wurde die Bruchsaler Motor- spritze mit dem neubeschafften Schaumlöschgenerator vorgeführt.

Dr. Rastatt, 14. Jan. Der neue Heimatkurs des Landesvereins Badische Heimat, welcher in Rastatt vom 20. Januar bis 1. Februar stattfindet, wird durch einen volkstümlichen Heimatabend abgeschlossen, bei dem Dr. Wilhelm Zentner-München „Einen Streifzug durch die badische Literatur“ mit einigen Vorträgen geben wird, während der Mannheimer Mundartdichter Hanns Glöcklein aufwartet mit einer Froh Walz durch die Palz.

st. Durlach, 14. Jan. Heute feierte Herr J. Weg (Schuhmachermeister) seinen 90. Geburtstag. Herr Weg lebt seit einer Reihe von Jahren in Durlach bei seinem Sohn.

Das Programm der Regierung.

Erste Landtagsitzung im neuen Jahr. — Maßnahmen gegen die allgemeine Notlage. Staatsvoranschlag und Reichsfinanzreform.

Um 10 Uhr eröffnete gestern Präsident Dr. Baumgartner die erste Vollversammlung des Badischen Landtags im neuen Jahre. Eine Anzahl von Anträgen und Interpellationen sind eingegangen, ebenso wieder Befugnisse. Der Präsident nimmt Gelegenheit, den Abg. Habermeier zum 70. Geburtstag zu beglückwünschen. (Beifall.) Zunächst werden kurze Anfragen erledigt. Die Regierung wird alles tun, um die Notlage der Winger im Bodenseegebiet zu erleichtern. Ferner äußert sich der Präsident in bekanntem Sinne zur deutschnationalen Anfrage über das Dotationsgesetz.

Staatspräsident Dr. Schmitt zur Regierungserklärung.

Nach dem allgemeinen Teil, den wir an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe veröffentlicht haben, bespricht die Regierungserklärung sehr eingehend die in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, in Handel und Gewerbe, in der Landwirtschaft, in der Industrie herrschende Not. Unter den Maßnahmen, die zur Verringerung der Not beitragen sollen, wird angeführt, daß das neue Werk Dogern im Besitz ist, Arbeitsaufträge für badische Arbeitgeber und Arbeitnehmer

in Höhe von 700 000 M zu geben, daß die Vereinigten badischen Staatsbahnen A.-G. Aufträge bis zu 850 000 M und daß das Badenwerk neben kleinen Arbeiten im Laufe des Jahres für 1,8 Millionen Reichsmark Leistungsbauten vergeben werden. Die Ausschüsse für Schiffbau und des Rheins von Basel bis Schaffhausen mehrten sich. Auch gibt die Regierung die Hoffnung auf Elektrifizierung der Rheinalbahn als Mitglied der Internationalen Eiseilbahnen-Schweiz-Deutschland-Dolland nicht auf. Die Regierungserklärung zählt dann die Beiträge auf, die bisher dem Gewerbe und der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel vom badischen Staat zufließen (1927: 7,8 Millionen).

Zur Justizreform

erklärt die badische Regierung, die Not der Zeit und das Gebot zur äußersten Sparmaßnahme in allen Zweigen des Staats- und Wirtschaftslebens dränge auf Maßnahmen im Gerichtswesen, die die Vereinfachung, Beschleunigung und Verbilligung zum Ziele haben. Rechtssicherheit und Güte der Rechtspflege zu erhalten, müsse bei allen Maßnahmen oberstes Gebot sein. Die nächste Zukunft werde die Frage der Erhöhung der amtserichtlichen Zuständigkeit und der Erhöhung der Berufungssumme in Fluß bringen.

Was die Landwirtschaft im besonderen anbetrifft, so richtet die Regierung ihre Sorge auf die Steigerung der Milchzeugung und des Milchverbrauchs und fördert die Bestrebungen auf einen Zusammenschluß der Milchzeuger, des Milchverbrauchs und des Milchhandels. Dem Tabak- und Hopfenbau wendet die Regierung ihre Sorge zu und sie erwartet, daß die zur

Beseitigung der Not der Tabakbauern

unternommenen Schritte ausreichen wird. Die Regierungserklärung kommt dann auf die Tarifpolitik der Reichsbahn zu sprechen und trägt die hierzu schon mehrfach geäußerten Wünsche vor. Der Wirtschaft des besetzten Hanauerlandes könnte durch die Inangriffnahme der beiden großen Projekte, der

Kinzigerlegung und Erstellung des Grenzbahnhofts in Rehl

mit einem Schläge ein starker Antriebs gegeben werden.

Trotz der stetigen Förderung des Wohnungsbauwesens bestehe immer noch Mangel an mittleren und besonders an kleineren und kleinsten Wohnungen zu einem für die Beteiligten erschwinglichen Mietpreis. Es wäre volkswirtschaftlich verfehlt, wenn die öffentliche Hand die Erstellung von Wohnungen fördere, diese aber wegen unerschwinglicher Höhe der Miete leer stehen würden. Bei der Höhe der Hypothekenzinsen und der Baukosten soll der

Wohnungsbau aus Mitteln der Gebäude-fördersteuer

und aus aufzunehmenden Anleihen in den nächsten Jahren wiederum gefördert werden. Die Regierungserklärung geht hierauf auf die erheblich vermehrte Arbeitslosigkeit ein und kündigt die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten an.

Ein ziemlich umfangreiches Kapitel widmet die Regierungserklärung den Schulfragen. Sie erörtert

die starke Abwanderung aus der Volksschule

in die höheren Schulen und erklärt, den Forderungen der Zeit entsprechend sei der Umbau der allgemeinen Fortbildungsschule zur Berufsschule anzustreben. Aus diesem Grunde müsse die Ausbildung der Lehrer in dieser Richtung weiter entwickelt werden. Bei der Ausbildung der Gewerbe- und Handelslehrer werde auch Rücksicht darauf genommen, daß die Verbindung mit der Praxis gefördert wird. Der Vorbereitungsdienst der Lehramtsbewerber und Lehramtsreferendare wurde neu geregelt. Auch der staatsbürgerlichen und republikanischen Erziehung aller Lehrer und Schüler müsse große Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Regierung sei auch in eine Prüfung darüber eingetreten, ob nicht ein Abbau von höheren Schulen in solchen Orten am Platze ist, wo nur wenige Schüler vorhanden sind. Der Zugang zu den höheren Schulen an Diern 1930 ist so stark, daß die Einrichtung von etwa 60 neuen Klassen notwendig wird. Eine Vermehrung der Zahl der Professoren soll hingegen möglichst vermieden werden.

Die Finanzierung der Hochschulen

und teilt mit, daß eine weitgehende Reichshilfe für die Verbesserung der baulichen Anlagen der Hochschulen, um die es sehr sehr dringlich ist, zu erwarten ist. Der Bau der Klinikanlage in Freiburg kann nicht restlos durchgeführt werden und es ist auch nicht möglich, die dringend nötigen Ausgaben der Heidelberger Kliniken in dieser Haushaltzeit in Angriff zu nehmen. Die badische Regierung wird weiter alles daran setzen, um spätestens mit der Verabschiedung des künftigen Reichsbudgetgesetzes die noch schwebenden Fragen der Eisenbahnabfindung und des Verwaltungsratsfuges in einer für Baden befriedigenden Weise geregelt zu sehen.

Der Staatspräsident kam dann in seinen Darlegungen zum

Staatsvoranschlag 1930/1931.

Er führte dazu u. a. aus, es sei zurzeit noch nicht möglich, den gesamten Staatsvoranschlag vorzulegen, sondern nur einzelne Abteilungen und für einzelne Ministerien (so für Staatsministerium, Justizministerium, Rechnungshof). Der Voranschlag des Innenministeriums werde in den nächsten Tagen, der des Unterrichtsministeriums alsbald nachfolgen. Das endgültige Finanzgesetz könnte aber nicht vor Beendigung der Reichsfinanzreform vorgelegt werden, denn

die Reichsfinanzreform, so wie sie geplant sei, erschüttere die gesamten Grundlagen der Länderinnahmen.

Zu seinen weiteren Darlegungen gab der Finanzminister einen Überblick über das Staatsvermögen und über die Schulden des Landes Baden und teilte u. a. mit, daß außer den Anleihen noch rund 34 Millionen schwappende Schulden vorhanden sind.

Die vorläufige Zusammenstellung der ersten Haushaltswürfe hat eine Unzulänglichkeit von rund 62 Millionen Reichsmark gebracht. Auch nach Durchführung der Einschränkungen und Kürzungen verbleiben noch über 40 Millionen für die beiden Jahre.

Am Schluß seiner Rede erklärte Staatspräsident Dr. Schmitt: Die Finanzen des Reiches müssen saniert werden; das ist aber nicht denkbar, und auch nicht möglich, ohne daß das Reich gleichzeitig auch an die Sanierung der Finanzen der Länder und der Gemeinden denkt.

Die Rede des Staatspräsidenten wurde auf den Wünschen der Regierungsparteien mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Anschließend wurde beschlossen, mit der Beipräfung der Regierungserklärung am Donnerstag zu beginnen.

Der Fall Wagner im Landtag.

Die Aufhebung der Immunität beschlossen.

X Im weiteren Verlauf der Sitzung des Landtags gelangte der Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Wagner zur Beratung.

Abg. Kaufmann (Str.) gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen im Ausschuß. Es handelt sich bei der Sache um den

Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern der Internationalen Eisenbahnerkommission

in der Wirtschaft „Darmstädter Hof“ in Karlsruhe. Der Geschäftsausschuss hat sich mit allen gegen eine Stimme für die Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner ausgesprochen.

Ein zweiter Antrag des Justizministers geht auf Anzeige gegen den Major a. D. Fröhlich in Karlsruhe wegen Verleumdung des Landtags.

Einen dritten Bericht erstattete Abg. Trinks (Soz.) über die Behandlung der Denkschrift des Innenministers über die Ausschreitungen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl 1929 und über die Gegenklärung hierzu, die von den Nationalsozialisten eingereicht worden ist. — Diese drei Gegenstände wurden in der Aussprache zusammengefaßt.

Abg. Venz (Nat. Soz.) kam zunächst auf die Vorgänge im Darmstädter Hof zu sprechen und erklärte, die Feststellungen der Polizei würden sich nur auf die Angaben von Bauern stützen, die den Nationalsozialisten nicht angetraut seien. Die Nationalsozialisten, die bei dem Vorfall anwesend gewesen seien, seien nicht vernommen worden. Der Polizeibericht sei nicht sachlich abgefaßt. Im Darmstädter Hof habe man verstanden wollen, deutsche Kinder zu fangen. Soweit seien wir im deutschen Vaterlande noch nicht.

Als die Nationalsozialisten sich angeschickt hätten, in Ruhe wegzugehen, habe man ihnen das Wort „hoch“ zugerufen.

Dem Abg. Wagner sei von einem Sanktburger Herrn ein Stoß versetzt worden, den er mit einer Dreifache erwidert habe. Im übrigen

habe Wagner mit allen Mitteln versucht, Weiterungen zu verhüten. Die Immunität Wagners könne nicht aufgehoben werden.

Abg. Kraft (Nat. Soz.) spricht von einseitig gefärbten Berichten der Abg. Seibert und Dr. Kaufmann. (Lebhafte Entrüstungsrufe und erregte Zwischenrufe.) Die Abg. Kraft und Venz ziehen sich Ordnungsrufe zu.

Abg. Dr. Veers (Dem.) stellt sich als Vorsitzender des Geschäftsausschusses gegenüber den Ausführungen des Vorredners über die Berichterstattung entgegenzusetzen.

Abg. Dr. Schmitt (Dnl.) stimmt dem Ausschußantrag hinsichtlich des Majors a. D. Fröhlich zu, weil es sich hier um einen Mann der gebildeten Stände handelt. Die Aufhebung der Immunität lehnt die Deutschnationalen ab. Sie wünschen eine gesetzliche und grundsätzliche Regelung der Frage und keine Entscheidung von Fall zu Fall; es sei denn, daß der Abgeordnete selbst um die Aufhebung der Immunität nachsuche. Die Denkschrift des Ministers wäre besser unterbleiben. Denn auf diesem Wege werde der Verkehrston nicht gefördert.

Nachdem Abg. Dr. Matthes (Dt. Bp.) erklärt hatte, daß im Landtag eine solche Debatte über die Frage der Immunität noch nicht stattgefunden habe, wies

Innenminister Wittmann die nationalsozialistischen Angriffe gegen die Polizei entschieden zurück.

Bei der Abstimmung wurde die Denkschrift des Innenministers gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten zur Kenntnis genommen. Die Demokraten, die Volkspartei, die Wirtschaftspartei und Bauernpartei enthielten sich der Stimme.

Die Anträge auf Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner und auf Strafantrag gegen den Major Fröhlich wurden mit allen Stimmen gegen Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen.

Schluß der Sitzung kurz nach 8 Uhr. Fortsetzung Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Mus der Landeshauptstadt.

Der vorverlegte Lenz.

War es schon jemals so warm im Januar?

In dem Kampfe zwischen Winter und Frühling, der sich nunmehr schon viele Wochen abspielt, bleibt nach alledem, was wir derzeit beobachten können, der Lenz entschieden und überlegener Sieger. Es erscheint noch gerade verwehrend, zu vernehmen, daß am 14. Januar, dem Tage, da der meteorologische Winter seinen Höhepunkt erreicht und man sich inmitten des kalendermäßigen Hochwinters befindet, draußen, in der Natur die Rosenblätter grünen, die Knospen treiben und an sonnigen Angern Blumen ihre Kelche öffnen! Und dies geschieht, indes die Quecksilberkühle im Luftthermometer sich auf 14 Grad im Schatten und auf 24 Grad in der Sonne hochhebt.

In diesem Dienstag, der den „Höhepunkt eines normalen Winters“ bringen sollte, an dem die Gefilde in Eis und Schnee erstarren sollten, fand man draußen im Freien, so in den Schloßparkanlagen, in den verschiedenen Gärten der Stadt, im Botanischen Garten u. im Hardt, ein freies Plätzchen mehr auf den Ausruhebänken. Man konnte sich und gab sich dem wahrhaft seltenen Genuß des Ausruhens im leuchtendsten Frühlingsschatten hin. Derweil zwitscherten frohen in den Bäumen oder in den verdeckten Gebüschen lustig und lebensfreudig die Vögel, gleichsam, als inubelten sie dem Frühling entgegen!

Vor dem ehemaligen Residenzschloß, dem jetzigen Landesmuseum, wimmelte es geradezu vor lustwandelnden jungen Müttern mit ihren Sprösslingen. Viele Dugende von Kinderwagen belebten diese sonst so stille Vorderfront des Parks — und da war es denn auch wirklich so mild und so lau, wie sonst im späten April oder im Anfang des Sommermonats! Und in den Botanischen Gartenanlagen sah man Gärtnern fleißig die „fröhlichen“ Werkzeuge von den Glasfenstern entfernen, damit die exotischen Blumen und Pflanzen in den Treibhäusern drinnen es auch merken möchten, daß wir jetzt, in unseren sonst so eifigen Breiten, im Zeichen „subtropischer Warmluft“ leben.

Allerdings möge man nicht gleich damit kommen, „die ältesten Leute könnten sich eines solchen unerhörten milden Winters nicht erinnern“. Denn zu allen Zeiten, und zwar nicht selten in diesem Jahrhundert, gab es ähnlich lau und mild verlaufene Winterperioden, wie die diesjährigen.

Auch alle Chroniken berichten zur Genüge von absonderlich milden Wintern: Da war es z. B. im Jahre 1807 so warm, daß man schon im Mai ernten konnte und im August Weinlese abhielt. Im Jahre 1772 war der Winter so warm, daß die Bäume sich mit Laub bedeckten, schon Ende Januar die Vögel nisteten und im Februar Gänse hatten. 1204 herrschte sogar von Ende Januar bis in den Mai hinein eine ununterbrochene Trockenheit und eine Hitze häufig wie im Hochsommer. Die Früchte mürbten und Hühnerstrot und Gänse waren die Folgen. Im Jahre 1298 war der Winter so warm, daß im Rheinlande die Mädchen zu Weihnacht Kränze von Primeln und Veilchen, ja sogar von Kornblumen trugen. Im Neuenburger See haben in dieser Zeit sogar Kinder gebadet! Im Jahre 1420 waren Winter und Frühjahr so gelinde, daß im März die Bäume verblüht hatten und man im April schon reife Kirchen pflückte. 1529 hatte gleichfalls einen ungewöhnlich warmen Winter; es war schon im März so heiß, wie sonst im Juli, so daß der Regen in Mehren fand und man im April in Paris frische Mandeln verkaufte. 1572 schlugen im Januar die Bäume aus und brüteten im Februar die Vögel, 1595 stand an Ostern das Korn in Mehren. 1622 war der Februar so warm, daß man selbst im Norden Deutschlands die Dafen nicht heizte und im Februar alle Bäume blühten. Der Winter 1822 war in ganz Europa mild. In Rußland machte er eigentlich wenig über einen Monat und selbst in Sibirien wurde er nur wenig empfunden. Selbst Nordamerika wurde damals beinahe von Warmluft überweht. In jüngerer Zeit waren folgende Winter bemerkenswert mild: 1862/63 und 61/62, dann die Winter von 1865/66 und 1866/67, ferner 1868/69, 1872/73, 1873/74 und 1876/77. Daran folgen sich die berühmten Frühlingswinter von 1881/82, 82/83, 83/84, ferner 91/92, 97/98, 98/99 und 1899/1900; zuletzt waren sehr milde die Winter 1901/02, 02/03, 1909/10, 1912/13, 1915/16, sowie die Mehrzahl der Winter des letzten Jahrzehnts mit Ausnahme des verflorenen des Jahres 1928/29.

Die Statistik zeigt unabweislich das gruppenweise Auftreten der merkwürdigen Witterungserscheinung; und auch die Tatsache ist nicht abzuleugnen, daß milden Wintern fast immer kalte, regnerische Sommer folgen, was daraus zu erklären ist, daß die Wettercharakteristik winters wie sommers zumeist periodisch von den atlantischen Sturmwirbeln bestimmt wird. ca.

Geb. Rat Dr. Doll †.

Geb. Hofrat Dr. med. Karl Doll, ein hochgeschätzter, aus einer Alt-Karlsruher Familie stammender Arzt, ist im Alter von 68 Jahren gestern hier gestorben. Geheimrat Doll war lange Jahre Leibarzt des Großherzogs Friedrich II., hat ihn als solcher jeweils bei den Frontbesuchen begleitet; während des Krieges leitete er als Oberarzt d. N. das Offizierslazarett im Prinz-Karl-Palais. Ueber das Leben und Schaffen des verehrten, dank seines geistigen und freundlichen Wesens und seiner hervorragenden ärztlichen Kunstausübung überall hochverehrten Mannes wird noch zu sprechen sein.

Todesfall. Im Alter von nahezu 66 Jahren ist gestern hier unerwartet rasch Fabrikant Joseph Krapp, Inhaber der bekannten hiesigen Eisenbetonbauwerke, gestorben. Der Verstorbenen war im Jahre 1883 in Offenbach am Main geboren, hatte sich dem Architektenberuf gewidmet und war in die Firma Martenstein

u. Joffaux eingetreten. Dank seiner außerordentlichen Tätigkeit errang er sich im Laufe der Jahre eine bedeutende Vertrauensstellung und übernahm die Karlsruher Filiale der Firma. Nach Auflösung von Martenstein u. Joffaux übernahm er die hiesige Filiale als eigenes Geschäft und führte sie einem bemerkenswerten Aufstieg entgegen. Ueberaus zahlreiche bedeutende Bauten im ganzen badischen Lande und in verschiedenen anderen deutschen Städten konnte die Firma unter seiner Leitung ausführen, große Fabrikbauten in Pforzheim und im badischen Oberland, in Würtemberg und Bayern, und nicht zuletzt mehrere bemerkenswerte Gebäude in der Landeshauptstadt selbst legen bezeugen von der Leistungsfähigkeit der Firma ab. Unerwartet rasch ist nun Herr Joseph Krapp aus seinem arbeits- und erfolgreichen Leben abgerufen worden. Viele Vereine und Organisationen, vor allem die Mitglieder der Föderation „Liederkreis“, deren langjähriger Präsident er war, viele Freunde und Bekannte und nicht zuletzt die Angehörten seiner Firma selbst beklagen sein Hinscheiden.

Amerikanische Werbung für den „Badener Heimtag“.

In ansprechender, hübscher Aufmachung hat ein großes New Yorker Reisebüro einen Werbeprospekt herausgebracht, der in deutscher und englischer Sprache zum Besuche des „Badener Heimtages Karlsruhe 1930“ und der Oberamerikanischen Partyspiele einlädt. Zwei Lokomotive illustrieren, darunter die Wiederkehr des Karlsruher Rathauses im Blumenstadium, sind auf gewählte Motive, die ihren Eindruck nicht verfehlen. Mit zahlreichen schönen Bildern versehen, enthält der Prospekt das ausführliche Reiseprogramm von der Abfahrt in New York am 7. Juni 1930, die Reisen und Aufenthalt in Deutschland bis zur Ankunft in Karlsruhe am 11. Juli 1930.

Arbeiterwochenarten und Lokalbahn.

Eine berechnete Forderung der Lokalbahnbenutzer.

Wie uns vom Bezirksrat der christlichen Gewerkschaften mitgeteilt wird, hat sich ein Witzling hinsichtlich der Rückforderung der Arbeiter in die Dristhalen Borheim, Wörlich, Durmersheim bemerkbar gemacht, der dringend Abhilfe bedarf. Die Arbeiter fraglicher Orte, welche in Karlsruhe beschäftigt sind, berühren für die Hin- und Rückfahrt Arbeiterwochenarten. Da solche im städtischen Straßenbahnnetz nicht eingeführt sind, ist die Möglichkeit dieser Arbeiterwochenarten zwangsläufig nur beschränkt auf die Benutzung der Lokalbahn. Es sind nun eine Anzahl Arbeiter vorhanden, die um 4 Uhr oder kurz nach 4 Uhr nachmittags freierabend haben. Dieselben mühen trotz ihres früheren Arbeitsschlusses bis 5.06 Uhr an der Ecke Karlsruhe und Mathystraße zu warten, bis der Lokalbahnzug kommt. Es geht aber bereits früher ein Zug in die fraglichen Vororte hinaus, der allerdings um 4.45 Uhr ab Karlsruher Krug geht. Leider können die Arbeiter nicht früher zum Arbeitsschluss diesen Zug 4.45 Uhr nicht erreichen, da ihnen ab Mathystraße nur die Benutzung der Lokalbahn gestattet ist.

Würde man ihnen entgegenkommenderweise gestatten, auf dieser Strecke Mathystraße-Krüger Krug, auf der ja auch die Lokalbahn fährt, die Linie 5 zu benutzen, so würden fragliche Arbeiter unter Benützung der Linie 5 den Zug um 4.45 Uhr ab Krüger Krug noch erreichen können. Es wäre dies ein sehr großer Vorteil für die Arbeiter, da sie dann nicht bis zu einer Stunde auf der Straße herumstehen zu warten müssen. Die Zeit, die die Arbeiter früher nach Hause gelangen könnten, könnte wertvoll verwendet werden. Nach Lage des Falles sollte der Stadtrat den Wünschen fraglicher Arbeiter Rechnung tragen. Das Bezirksrat der christlichen Gewerkschaften hat dem Stadtrat in dieser Angelegenheit eine Eingabe unterbreitet und ersucht ihn dringend, den Arbeitern die Benützung der Straßenbahn bis zum Krüger Krug zu gestatten, um ihnen die frühere Heimkehr zu ermöglichen. Es darf erwartet werden, daß der Stadtrat diesem dringenden und berechtigten Wunsch Rechnung trägt.

Verkehrsunfälle.

Am Montag nachmittag gerieten auf der Kaiserstraße bei der Hauptpost ein Personen- und ein Lieferkraftwagen miteinander in Kollision, weil der Führer des Personewagens plötzlich seine Fahrtrichtung verließ, ohne vorher ein Zeichen zu geben. Der Lieferkraftwagen wurde beschädigt.

In der Jägerstraße fuhr ein Personenkraftwagen, der durch ein plötzlich auftauchendes Kraftfahrzeug unsicher geworden war, auf ein vor einem Hause stehendes Kraftfahrzeug auf. Dieses wurde stark beschädigt. Bei der polizeilichen Behandlung des Falles stellte sich heraus, daß der Personenkraftwagen überlastet war.

Ein Motorradfahrer aus eigener Schuld mit einem Personenkraftwagen zusammen. An jedem Fahrzeug entstand ein Schaden von etwa 50 M. Vor dem Warenhaus Knopf in der Kaiserstraße kollidierte ein Personenkraftwagen mit einem Straßenbahnwagen in dem Augenblick, als er einen vor dem Warenhaus haltenden Personewagen überholen wollte. Es entstand geringer Sachschaden. Der Kraftwagenfahrer wird sich wegen fahrlässiger Eisenbahntransportgefährdung zu verantworten haben.

Wegen deselben Delikts gelangt ein Birt von hier zur Anzeige, weil er gestern nachmittag unter Auserachtlassung der erforderlichen Vorsicht mit einem Lieferkraftwagen unmittelbar vor einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen die Rumpurrstraße kreuzte, so daß der Führer elektrisch bremsten mußte und die Fahrgäste von ihren Plätzen geworfen wurden.

Einbruchsdiebstahl.

Im Büro eines Kaufmanns in der Schlachthausstraße wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt. Der Täter, der durch gewaltsames Öffnen des Fensterladens und Einschlagens des Fensters eingedrungen war, durchwühlte mehrere Schubladen und entwendete 3 Goldstücke fremder Währung im Wert von etwa 48 Mark. — Ein unbekannter Täter verübt eine in der Karl-Hoffmannstraße stehende Bauhütte mit einer Gerüstlampe anzubringen. Es blieb bei dem Versuch. Offenbar wurde der Täter an seiner Arbeit gestört.

Zum ersten Mal im neuen Jahr:

Karlsruher Bürgerausschuß.

Alle Vorlagen glatt genehmigt. — Kriegerdenkmaldebatte vertagt. — Geheimfiskung über Michelin.

Nach längerer Pause tagte gestern wieder der Karlsruher Bürgerausschuß. Eine Reihe kleinerer Vorlagen war zu erledigen, über deren Inhalt wir unsere Leser schon unterrichtet haben. Sie alle fanden die Zustimmung des Bürgerausschusses, meist ohne große Debatte. Eine längere Diskussion rief lediglich die Vorlage über Erhöhung der städtischen Einlage bei der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle G. m. b. H. hervor, auch bei der Beratung der neuen städtischen Gebührensordnung ging es nicht ganz ohne Meinungsverschiedenheiten ab, doch entschlossen sich die Mitglieder des Bürgerausschusses in der Mehrzahl, auch diesen Vorlagen ihre Zustimmung nicht zu versagen. Die beiden wichtigsten Fragen sollten laut Tagesordnung in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt werden: die Errichtung eines Kriegerdenkmals auf dem Friedhof und die Ansfiedlung der Michelin-Werke in Karlsruhe. Von diesen beiden Vorlagen wurde die erstere, die zweifellos eine längere Debatte zur Folge gehabt hätte, wegen der vorgedrängten Stunde vertagt. Oberbürgermeister Finter, der selbst den Vertagungsantrag stellte, gab dem Wunsch Ausdruck, daß sich in dieser Frage doch noch vor der öffentlichen Beratung eine Einigung erzielen lassen möge, damit der Öffentlichkeit das Bild eines über die Erfüllung einer Ehrenpflicht habenden Bürgerausschusses erspart bleiben möge. Auch wir möchten uns diesem Wunsche an, denn ob Vendensturz oder nicht, die Hauptsache bleibt für uns alle, daß endlich auch Karlsruhe auf seinem Friedhof seinen gefallenen Söh-

nen ein schönes und würdiges Erinnerungsmal errichtet.

In der Frage der Ansfiedlung der Michelin-Werke hatte die kommunistische Fraktion einen Antrag auf öffentliche Beratung eingebracht. In geheimer Sitzung wurde dieser Antrag abgelehnt und die zur Debatte stehenden Fragen geheim beraten. Wir sind überzeugt, daß es nur gewichtige Gründe gewesen sein können, die Oberbürgermeister Finter zu dem Wunsche nach geheimer Sitzung veranlaßt haben. Die „Sache mit Michelin“ ist zweifellos ein Thema, das die gesamte Öffentlichkeit lebhaft interessiert. Daß sich aber in dem Stadium, in dem sich die Verhandlungen zwischen Michelin und der Stadt heute noch befinden, Fragen erheben können, deren öffentliche Diskussion im Interesse beider Vertragspartner unerwünscht wäre, läßt sich ebenfalls nicht von der Hand weisen. Die vielfach furchternden Gerüchte von bestimmten Verbindungen der französischen Reifenfabrik oder von Kombinationen zwischen der Zahlungs-einstellung der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, ihrer zu erwartenden Betriebs-einstellung und der Übernahme eines Teils der Anlagen durch Michelin entbehren vorläufig noch jeder Grundlage. Wichtig für Karlsruhe ist jedenfalls heute lediglich die Tatsache, daß keine Wirtschaft und Industrie durch die Ansfiedlung eines derart bedeutenden Unternehmens zweifellos einen betragswertigen Aufschwung erfahren dürften.

Wie dringend nötig und wünschenswert das ist, zeigten zwei Äußerungen im Verlauf der Sitzung. Oberbürgermeister Finter mußte auf eine Frage, wann endlich der Bau des fünften Hafenbeckens in Angriff genommen werde, antworten: Wir wissen auch, daß der Bau des fünften Rheinhafenbeckens dringend nötig ist, die Pläne liegen fix und fertia in meiner Schublade, aber — die Stadt hat kein Geld. Und noch niederschmetternder wirkte die Äußerung des Stadtvordirektors Kappey in der Debatte über die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle: 18 Prozent aller Karlsruher leben von der Fürsorge. Fürwahr, kein erfreulicher Ausblick auf das Jahr 1930.

Die öffentliche Sitzung nahm im einzelnen folgenden Verlauf:

Bei einer Anwesenheit von 98 Mitgliedern eröffnete Oberbürgermeister Finter die Sitzung. Zu dem Punkt 1 der Tagesordnung:

Abhör der städtischen Rechnungen für die Jahre 1925 und 1926.

lag ein Antrag der Volksrechtspartei vor, der eine weniger großzügige Behandlung dieser Rechnungen durch den Bürgerausschuß wünschte und eine entsprechende Veränderung des Beschlusses des Bürgerausschusses vom 10. Februar 1929 forderte. Stadtv. Strickland begründete eingehend den Antrag.

Stadtv. Wild, als Vorsitzender des Prüfungsausschusses hat, den Antrag abzulehnen. Ueber den Antrag wurde namentlich abgestimmt. Er wurde mit 78 Nein und 11 Ja abgelehnt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Erweiterung der Betriebseinrichtungen des städtischen Rheinhafens.

der eine Verbesserung der städtischen Verladebrückeneinrichtung am Südböden vorsieht, ergriß Stadtv. Schneider (3.) das Wort und wies auf die Bedeutung des Rheinhafens und die Notwendigkeit der Errichtung des fünften Hafenbeckens hin. Oberbürgermeister Finter erwiderte, daß das Projekt des fünften Hafenbeckens fix und fertia auf seinem Schreibtisch liege, daß aber die Mittel heute noch fehlten. Die Vorlage wird angenommen. Ohne Diskussion werden Vorlagen über Geländeaustausch im Oberfeld und die Errichtung eines neuen Stromkabels für die Straßenbahn, worüber wir schon ausführlich berichtet haben, angenommen.

Zur Vorlage:

Eingemeindung der absonderlichen Gemar-

lung Hardtwald, nahm Stadtv. Sonner (3.) das Wort und erläuterte eingehend die Wünsche und Sorgen vieler Siedler der Hardtwaldsiedlung, die dort gebaut und bisher bei der Domäne bebauert wenig Entgegenkommen gefunden hätten. Oberbürgermeister Finter erwiderte kurz, die Vorlage wurde angenommen.

Die nächste Vorlage über:

Erhöhung der Stammeinlage der Stadt bei der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle G. m. b. H.

lautete:

Die Stammeinlage der Stadt bei der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle G. m. b. H. wird um weitere 50 000 RM. auf 99 280 RM. erhöht. Der Betrag ist darlehensweise der Fondskasse zu entnehmen und dieser Kasse innerhalb 10 Jahren aus der Wirtschaf zu ersetzen.

In der Begründung heißt es u. a.:

Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle hat den Antrag gestellt, das Gesellschaftskapital um 50 000 RM. auf 100 000 RM. zu erhöhen und die Stammeinlage der Stadt entsprechend zu steigern. Von dem im Jahre 1927 auf 50 000 RM. festgesetzten Gesellschaftskapital entfallen auf die Stadt 49 280 RM. Die badische Kriegsarbeitshilfe G. m. b. H. 600 RM. und die Firma S. Kuch's Söhne 120 RM. Neben der Stammeinlage hat das Unternehmen bei der Stadt Karlsruhe noch ein Darlehen von 10 000 RM. aufgenommen. Der Antrag wird damit begründet, daß die Gesellschaft in den letzten Jahren zwei neue Betriebszweige und zwar

Böie Duben.

Zwei 9 Jahre alte Schüler wurden dabei erfaßt, wie sie am Stadt-Konzertsaal hier einige zwanzig Fensterheben durch Steinwürfe und Fußritte zertrümmerten.

Diebstähle.

In der Rumpurrstraße wurde ein Fahrrad gestohlen. Ebenso eines in der Draißstraße. In zwei Fällen wurden von Fahrrädern die Dynamos im Wert von 8 M. und 14 M. in einem Fall eine Karbidlampe gestohlen. — Aus einem Neubau in der Bahnhofsstraße wurden verschiedene Werkzeuge im Wert von etwa 20 M. entwendet. — Am Sonntag früh entwendete ein unbekannter Täter in der Karl-Winkelstraße von einem Mitwagen eine Kanne mit 5 Litern Milch. — In der Nacht zum Samstag wurde eine Gartenhütte im Friedhofsgelände aufgebrochen. Dem Dieb fielen zwei Tauben in die Hände.

Unfall. Ein 16. 26 Jahre altes Büfelfränklein kam auf der Kellertreppe eines Kaffees in der Kreuzstraße zu Fall und zog sich eine Rippenverletzung zu, die seine Aufnahme ins Krankenhaus nötig machte.

Unfall. Eine 74 Jahre alte Witwe kam im Treppenhaus ihrer Wohnung infolge eines Schwindelanfalls zu Fall, stürzte die Treppe hinunter und brach sich den linken Unterarm.

Wegen Urkundenfälschung und Betrugs wurde ein Maschinenführer in Durlach festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Er hatte im Oktober und November vorigen Jahres mit fälschlich angefertigten Bürgerausweis-Kleinigkeiten in einem hiesigen Konfektionsgeschäft Kleidungsstücke im Wert von 220 M. erschwindelt.

Sachbeschädigung. Ein 18 Jahre alter Kaufmann gelangte zur Anzeige, weil er an einem Neubau in der Klostergasse mit Steinen vorläufig 2 Fensterheben einwarf. — In der Solfenstraße wurde ein Gartenzaun von unbekanntem Täter vorläufig beschädigt. Dem Eigentümer entstand ein Schaden von etwa 100 M.

die Sargfabrikation und die Wandererherberge übernommen hat. Abgesehen von den für die Führung dieser Betriebszweige notwendigen Betriebsmitteln, erforderte deren Übernahme für Ankauf der früheren Sargfabrik, Einleitung moderner Maschinen, Anschaffung der fehlenden Einrichtungsgegenstände für die Wandererherberge einschließlich banklicher Veränderungen die Investierung eines Betrages von rund 25 000 RM. Trotzdem war die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle bisher in der Lage, den Betrieb ohne Zufluss weiterer Betriebsmittel, also ohne Erhöhung des Geschäftskapitals weiterzuführen. Nun hat aber die Gesellschaft auf Ersuchen des Fürstbischöflichen Amtes sich zur Deduktion ihres Bedarfs an Arbeitskräften aus der Reihe der Wohlhabenderwerblosen bereit erklärt. Weiter wurde vereinbart, die Zahl der zuzurechnenden Fürsorgeempfänger dadurch wesentlich zu vermindern, daß die Gesellschaft ihre Arbeitskräfte nicht mehr wie bisher auf Dauer erhält, sondern von Zeit zu Zeit ausläßt. Der Ausschuss hat sich, soweit es die Wahrung des Betriebsinteresses zuläßt, auch mit diesem Verfahren einverstanden erklärt. Der Hauptbetriebszweig der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle ist die Spantorbefabrikation. Der Absatz von Spantörben ist in der Hauptsache nur in den Sommermonaten möglich. Es mußte deshalb bisher während der Wintermonate in der Spantorbefabrikation stets eine Einschränkung der Arbeiterzahl vorgenommen werden. Wenn nun der Betrieb sich in der vorbezeichneten Weise in den Dienst der Fürsorge stellt, muß er auch während der Wintermonate mindestens 150 Arbeiter beschäftigen. Das bedingt natürlich eine erhebliche Steigerung des Lagerbestandes und macht die Erhöhung des Geschäftskapitals unumgänglich. Das Verlangen der Gesellschaft entbehrt nach den vorstehenden Ausführungen nicht der Berechtigung; es soll ihm deshalb auch stattgegeben werden. Die beträchtliche Entlastung der Fürsorge durch das nunmehr zur Anwendung kommende Verfahren geht daraus hervor, daß die Gesellschaft in den letzten Monaten des Jahres 1929 bereits 130 Wohlhabenderwerblose eingestellt hat. 13 Unterstützungsempfänger haben die Arbeit nicht angenommen, weitere 4 den Zumeistungschein überhaupt nicht abgegeben und damit eine weitere Unterbringung durch das Fürsorgeamt verweigert. Zunächst war in Aussicht genommen, die Erhöhung der Stammeinlage aus Anlehensmitteln zu betreffen. Da aber die Genehmigung zur Aufnahme von Anleihen zur Zeit nicht zu erhalten ist, wird vorgeschlagen, den Betrag darlehensweise der Fondskasse zu entnehmen und innerhalb 10 Jahren aus der Wirtschaft zu erheben.

Im Namen des Stadtverordnetenverbandes empfahl Stadtv. Siegmund die Vorlage und ging auf einen kommunikativen Antrag ein, der sich mit der Arbeitszeit in der Beschäftigungsstelle befaßt.

Stadtv. Westerkamp (Kom.) begründete den Antrag seiner Fraktion.

Stadtv. Fehderer beleuchtete eingehend die Aufgaben der Beschäftigungsstelle und widerlegte die Ausführungen des Vorredners.

Stadtv. Hübner (Wulach) kritisierte die Vorlage und bemängelte die Kapitalzuwendung in einer Zeit wirtschaftlicher Not.

Stadtv. Dierle (Wg. Vg.) begrüßte in Namen seiner Fraktion die Vorlage, da die Beschäftigungsstelle keinerlei Gefahr für irgendwelche Wirtschaftszweige darstelle.

Stadtv. Kappes (Soz.) befaßte sich eingehend mit den sozialen Aufgaben der Stadt. Der Wert einer solchen Beschäftigungsstelle sei außerordentlich hoch einzuschätzen, insbesondere, wenn es gelingen könnte, ihre Tätigkeit derart umzugestalten, daß eine kurzfristige Beschäftigung der Arbeitslosen möglich wäre. Wie groß die Not gerade in Karlsruhe sei, beweise der Umstand, daß rund 18 Prozent aller Karlsruher von der städtischen Fürsorge unterstützt würden.

Stadtv. Nieger (Dem.) gab dem Wunsch nach Schaffung einer ähnlichen Einrichtung für Frauen und Mädchen Ausdruck.

Bürgermeister Sauer legte zusammenfassend kurz die Aufgaben und Ziele der gemeinnützigen Beschäftigungsstelle dar und sprach die Hoffnung aus, daß der Bürgerausschuss sich wünscht sei, wie wertvoll ein möglichst weitgehender Ausbau dieser Einrichtung sei. Mit der Geschäftswelt käme diese Einrichtung nicht in Konkurrenz. Jeder solle Karlsruhe das Geld, um mit anderen Städten hier gleichen Schritt halten zu können. Gerade jetzt sei der Wert einer solchen gemeinnützigen Stelle außerordentlich hoch.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Vorlage über

Erlassung einer städtischen Gebührenordnung

wurde von dem Stadtv. Bärle (Kom.) kritisiert, der eine Überlastung der Konsumenten befürchtete.

Stadtv. Deunig (D.V.V.) stimmte im Namen seiner Fraktion der Vorlage zu. Er hat aber die Stadtverwaltung, durch die städtische Marktkommission verschiedene Mängel der Marktförderung, die den hygienischen Anforderungen zuwiderlaufen, beseitigen zu lassen.

Stadtv. Kehler (Dem.) nahm die Interessen der Minderbemittelten in Schutz, die unter einer Gebührenerhöhung zu leiden hätten. Ebenso bedauerte Stadtv. Stork die Erhöhung.

Die Vorlage wurde angenommen.

Zwei Vorlagen über Grundstückwerbungen und Erwerbung von Strafengeländen wurden ohne Debatte angenommen.

Kongresse während des

„Badener Heimattages“.

Zu den bereits bekannt gegebenen Verbänden und Organisationen, die am „Badener Heimattag Karlsruhe 1930“ teilnehmen und während der Zeit vom 11. bis 14. Juli ihre Tagungen hier abhalten, ist nunmehr auch der im Dezember 1929 gegründete Gau Baden des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller angetreten.

Die Vereinschronik

Die Vereinschronik erscheint nach Bedarf, in der Regel wöchentlich. Ihre Veröffentlichung erfolgt zur Förderung der Vereinsinteressen kostenlos. Die Bekanntgabe von Veranstaltungen geschieht bei Aufgabe von Anzeigen im Tagesanzeiger ohne Berechnung.

Karlsruher Männerturnverein.

Am 4. Januar 1930 hielt der M.T.V. im Kreise seiner Mitglieder und deren Angehörigen in den Sälen der „Gesellschaft Eintracht“ eine stimmungsvolle Weihnachtsfeier ab. Die Veranstaltung wurde mit einem Musikstück der Hauskapelle „Domglocken in der Christnacht“ von E. Simon eingeleitet. Fräulein Clothilde Meyer als Sängerin erntete erstmalig die Mitglieder mit „Weihnachtslieder“ von A. Kusterer und „Ave Maria“ von Bach-Gounod. Ihr Vortrag verrät gute Schulung und feines Empfinden. Fräulein Elisabeth Racroix bewältigte den Violinpart zu bestem Erfolg mit bewundernswerter Sicherheit. Mit ihrem Violinstück „Balletphantasie“ von Ch. de Bériot, welches sie mit künstlerischer Vollendung zum Vortrag brachte, erntete Fräulein Racroix reichen Beifall. Fräulein Else Fod war im Klavierpart der Solistinnen eine verlässliche und feinsinnige Begleiterin. Den Schluß der Vortragsfolge bildete ein Kontrast über „Du frühliche“ und „Stille Nacht“ von Butschardt, ausgeführt von der Hauskapelle unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten, Herrn Jul. Schweinfurth. Nicht nur die Hauskapelle, sondern auch sämtliche Solisten sind eigene Kräfte des Vereins. Sie fanden reichen und begeisterten Beifall, der ihnen wohlverdient zuzumachen.

Nach Abwicklung der Vortragsfolge brachte der 1. Vorsitzende den Dank des Vereins an die Mitwirkenden zum Ausdruck und wolkte die Ehrung der Mitglieder, die dem Verein seit 10, 15, 20 und 25 Jahren angehören.

Für 25jährige Mitgliedschaft wurde die Ehrennadel verliehen an die Herren: Brehm Wilhelm, Kunstgärtner, Burghard Karl, Oberpostinspektor, Hell Wilhelm, Oberrechnungsrat, Jafobi Karl, Verm.-Direktor, Jilich Franz, Min.-Rechnungsrat, und an die auswärtigen Mitglieder: Kuchendieker Fritz, Postamtmann in Mannheim, Müller Heinrich, Dentist in Hamburg, Spis Eduard, Mainz, Kleemann Heinrich, Stadt.-Amtsrat in Mannheim.

Hierauf folgte Gabenverlosung und Tanz. Der reich besetzte Gabentisch lud die Anwesenden, recht oft und tief in die Urne zu greifen. Es war eine Freude zu beobachten, wie die glücklichen Gewinner ihre Gaben in Empfang nahmen. Der Tanz hielt die Mitglieder noch einige fröhliche Stunden beisammen.

Bunter Abend im B.D.V.

Die akademische Ortsgruppe und die Mädchenortsgruppe des B.D.V. veranstalteten am 10. Januar im kleinen Festsaal vor zahlreichem Publikum einen Bunter Abend mit Ball. Die wohlgeleitete schlichte Feier leitete in erfrischenden Worten Stad. Vandmann ein, wobei er der Pflichten und Verdienste des Vereins für das Deutschtum im Ausland und vor allem dessen Gründers gedachte. In bunter Folge traten Elise Baumberger durch ihre mit herrlichem Sopran, vorbildlicher Stimmgebung und Vortrag gezeichneten Lieder — am besten gefiel das entzückende „Mein Mädel hat einen Rosenmund“ von Brahms — sowie Oda Heft durch ihre Tänze. Besonders ihr Trepac im stilligen Pantastiefkostüm war ein voller Erfolg, doch zeigte sie gerade bei dem Nocturno in nachtblauer Seide, wie sicher sie über Raum und Bewegungswinden verfügt. Lieder und Tänze waren vortrefflich begleitet von der geschickten Fräulein Alia und von Herrn Sulzberger. Den fröhlichen Schluß des Programms bildete der Schwanz „Einer muß heitern“, worin Brigitte von Rosen und Fr. Carillon gewinnend und lebendig Richte und Lanie darstellten; Anni Schmitt henn und W. Jais übernahmen gewandt und humorvoll die Rollen der heitern und lustigen Brüder. Für frohe Stimmung sorgte in den Zwischenpausen Stad. dem. ing. Dreidoppel, der als Anführer launig und humorisierend die Zuschauer durch — teilweise sogar unbekannte — Witze und Anekdoten in Bann hielt. Der Bericht wäre unvollständig, gedächten wir nicht des geradezu virtuos begabten Vortragsliebhabers nomine Sim Cherusciae.

Nach Ablauf des Programms hielt der anschließende Tanz die Gäste noch fröhliche Stunden zusammen.

2. Stiftungsfest des Motorfahrervereins e. V. Karlsruhe.

Ein lustiges, geistiges Bößchen fand sich am Samstag abend im Vier-Jahreszeiten-Saal zum 7. Stiftungsfest des Karlsruher Motorfahrervereins ein. Die festlich aufgemachten Räumlichkeiten schufen von vornherein eine feierliche Stimmung, die denn auch bei der Abwicklung des reichhaltigen künstlerischen Programms ihre hochbefriedigende Bestätigung fand. Die Vereinsleitung hatte sich zur Ausgestaltung dieses Festes eine selten anzutreffende Mühe gegeben. Das alles in gependete Bob wird ihr bester Dank und Lohn sein. Mit der temperamentvoll und empfindungsreich vorgetragenen Duettszene zur Oper „Martha“ eröffnete die Kapelle Schwalbach die Programmfolge. Darauf begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr Friedrich, in launiger Ansprache die überaus zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Der einende und verbindende Charakter eines Stiftungsfestes käme damit am augenscheinlichsten zur Geltung. Die ausgewählte künstlerische Note des 7. Stiftungsfestes möge ihrer werdenden Zweck nicht verfehlen. Bei dem kurzen Rückblick über die Vereinsentwicklung seit Dezember 1923 betonte der Redner, daß trotz der Abplitterung des Badischen Motorrad-Clubs durch das vorzügliche Resultat der vorjährigen, allerdings letzten, Wildpartien ein erfreulich günstiger

Vereinsstatus zu verzeichnen sei. Mit einem begeisterten aufgenommenen „Löff, löff, heil“ schloß er mit dem Wunsche zu weiteren Fortschritten. Opernsängerin Frau E. Erb-Kästler brachte mit wohlklingender, technisch vorzüglich gesungener Stimme die Vagen-Arie aus „Hugenotten“ zu Gehör. Auch in drei weiteren Liedern brillierte die Künstlerin in ihrer ansprechenden, von Jähren packenden Gesangskultur. Besonders gut liegt ihr der Koloraturgefang. Der begeisterte Beifall zuzugewandt einer Dreingabe. Chormeister Oskar Kästler begleitete mit Feingefühl und Anpassungsfähigkeit. Das Kilians-Orchester vom Landestheater hatte den Freund des Männergesanges sofort gewonnen. Die vollständige Auswahl der Lieder kam bei diesen geschulten Sängern durch Klangvoll abgestimmte Vortragsweise besonders innig und rührend zur Wirkung. Aufstrebender Beifall ernteten die Chöre „Schwäbischer Vokalchor“ und „Am fidelen Stammtisch“ von Reichel. Staatskapellmeister Karl Meyer hatte mit einer humoristischen Verwandlungsszene und lustigen Schmunzeln in Mannheimer Mundart die Väter auf seiner Seite. Die Kapelle Schwalbach verband die einzelnen Nummern mit gediegenen, vorzüglich interpretierten Konzertsätzen. Der 1. Sportleiter, Meyer, nahm im Verlauf der Programmfolge die Ehrung der Sieger aus den verschiedenen Sportwettkämpfen vor. Bei der Fuchsjagd war 1. Otto Fischer, 2. Herr Siebrenner, 3. Frau Dr. Weiskauer. Von den Jagdfahrern war Herr Iser erfolgreich. Im Schenkenrennen tat sich das Mitglied Werner hervor; im Kunstreuen Herr Stoppelmann. Beim Baden-Badener Herbstturnier zeigten sich die Herren Knorr und Piker aus. Die Jahres-Sportstatistik weist keinen ernsteren Unfall auf. Nach Wertungspunkten rangieren die Sportfahrer wie folgt: 1. Jul. Schlag 259 Punkte, 2. Ed. Maier 221 P., 3. Stapelmann 199 P., 4. E. Rain 193 P., 5. S. Piker 178 P., 6. E. Knorr 148 P., 7. Bodenmüller 140 P., 8. Hel. Kasterer 143 P., 9. R. Böglfeld 133 P. Die erfolgreichsten Fahrer erhielten jeweils eine schöne Gabe als Anerkennung ihrer sportlichen Leistung.

Der Vorsitzende dankte dem Sportleiter für seine vortreffliche, überaus mühevoll Tätigkeits im Laufe des Jahres und teilte mit, daß der Sportleiter in der Wertungstabelle den dritten Platz einnehme. Mit einem „Löff löff heil“ schrien die Anwesenden Herrn Meyer für seine uneigennützig Arbeit. Nach Verlosung eines reichhaltigen und wertvollen Gabentempels hielt ein fröhliches Tanzen die Festteilnehmer noch in angeregter Kunde beisammen. Dieser Auftakt ist für den Motorfahrerverein ein günstiges Omen zum Neuen Jahr.

Verband der Berufsreisenden.

34. Stiftungsfest.

Zur Weihnachtszeit fehlen sehr viele Berufsreisende unserer Sektion wieder auf einige Wochen in den langentbehrten Familienkreis heim. Da bietet sich die beste Gelegenheit zur Feier des alljährlichen Stiftungsfestes. Eingeleitet wurde die Feier durch ein einfaches Abendessen, an welchem etwa 60 Personen teilnahmen. Im Anschluß daran fand ein Elektro-Konzert statt, das allgemeinen Anklang fand.

Der erste Vorsitzende der Sektion, Herr Jauß, schute nach erfolgter Begrüßung der anwesenden Gäste und Mitglieder nebst deren Angehörigen die im Jahre 1929 verstorbenen Mitglieder der Sektion. Die Teilnehmer erhoben sich zu deren Gedenken von den Sätzen. Mit dem Dank für die um das Zustandekommen der Veranstaltung verdienten Mitglieder und den besten Wünschen für Wachen, Wähen und Gedelben der Sektion, schloß Herr Jauß seine Ansprache.

Hierauf zeigte als jugendliche Tänzerin des Lächelns Doris des langjährigen Mitgliedes Oskar Schenk ihre entzückende Kunst. Die rhythmisch fein ausgeglichenen Tänze waren

Schöpfungen der Tanzschule Gitta Hermann. Hauptstücklich fand der Nadelstich, den die kleine Doro mit drohlichem Schneid tanzte, sehr großen Beifall, der sie zur Wiederholung veranlaßte.

Inzwischen waren auch den Frauen und Mädchen in feinerer und aufmerksamer Weise Sträußchen überreicht worden. Nach einigen Elektro-Vorträgen hielt Herr Musikalienhändler Müller einen launigen, durch Humor und sprühenden Witz gewürzte Rede auf die Frauen und ihre Schicksale als Gattinnen von Berufsreisenden.

Die Stimmung lag noch höher als der Christbaum seine Kerzen in Brand setzte und das weihnachtliche Lied „Stille Nacht“ von einer ausgezeichneten Elektro-Platte wiedergegeben ward.

Die Gabenverlosung brachte recht angenehme Ueberraschungen, zumal die Mitglieder selbst sowie einige prominente Firmen den Gabentisch reichlich bedacht hatten. Daß auch die gute Laune durch geheimnisvoll eingepackte Gewinne mit noch geheimnisvolleren Inhalt zu ihrem Recht kam, versteht sich von selbst.

Die lang zurückgedrängte Tanzlust nicht nur der Jungen, sondern auch der sich noch jung fühlenden ließ sich nun nicht mehr länger beschämen. Und beim ersten Vogenstrich waren sie auf den Beinen und blieben es bis es 2 Uhr schlug.

Dank der aufopfernden Tätigkeit des Herrn Dold und seiner Mitarbeiter nahm das Fest einen wirklich guten Verlauf und es ist anzunehmen, daß jeder noch oft an die Stunden der Beschäftigkeit und des Frohsinns zurückdenkt.

Tierzüchterverein Karlsruhe.

In der Dezemberversammlung des Tierzüchtervereins sprach Herr Rechnungsrat i. M. Weis in einem ausgezeichneten Vortrag über praktische Tierzucht. Er schloß den Vortrag mit dem Wort Humboldts voraus: „Grafenamt gegen die Tiere ist eines der feinsten und edelsten Merkmale eines niederen und unedlen Volkes“. Die erste Aufgabe der Tierzüchtervereine besteht in der Verbesserung von Tierqualitäten. Tierzucht und Menschheit müssen Hand in Hand arbeiten. Ein mitleidiger Mensch ist auch ein guter Mensch. Der Tierzucht bringt auch in wirtschaftlicher Hinsicht erhebliche Vorteile. Vernünftige Tierpflege schafft gesundes und kräftiges Vieh. Vogelzucht gesunde Obstanlagen. Es ist notwendig, daß im Elternhaus und in der Schule die Liebe der Kinder für alle Tiere erweckt wird, daß die Kinder vom Anblick jeder Tierquälerei, namentlich auch vom Schlachten ferngehalten werden und daß sie zu kleinen Hilfsleistungen für die Tiere, wie Vogelfütterung, Pflege herrenloser Tiere usw. herangezogen werden. Mit der Vorführung von Vorträgen von Nisthöhlen, Tieraseln, Haus- und Wildtieren wurde der Vortragabend beendet.

Tagesanzeiger

Kur bei Aufgabe von Anzeigen gratis. Mittwoch, den 15. Januar 1930. Bad. Landestheater: 10-11 Uhr: Die andere Seite. Colosseum: 10 Uhr: Abschiedsvorstellung Kader Terzoff: 8 Uhr mit 10 roten Wägen. Bad. Volkstheater (Königsplatz): 16 und 19.30 Uhr: Wunder des Schneehaus. Residenz-Theater: Herrin der Liebe. Union-Theater: Sündia und die Nachm. 14 Uhr: Dornröschen. Schanzen: Stud. dem. Selene Wilauer. Seemanns-Oratorium. Raffe-Theater: 10 Uhr: Großes Sonder-Konzert. Musikanten. Restauration „Am Elefanten“: 10 Uhr: Konzert der bayerischen Stimmkapelle Dohler. Sportvereinsgesellschaft: 10 Uhr (Aula der Techn. Hochschule): Vortrag Prof. Hugo Dingler-Walden über „Naturwissenschaften und Metaphysik“. Eintracht: 10 Uhr: Vortrag D. Ammon über „Geduld und Gattenwahl“. Karlsruher Hausfrancendeband: 15 Uhr (Glashaus): Mitgliederversammlung mit Tee und Vortrag.

Für rauhe Hände
KALODERMA
TUBE 35-60-85
GELEE

Karlsruher Opern- und Schauspielführer

Die andere Seite (Journeys End). — Drama von W. G. Sherif. Das „Ende der Reise“ — so lautet der Titel des Stückes in wörtlicher Uebersetzung — spielt sich in einem englischen, leuchtend blauen Offiziersunterstand vor St. Quentin ab, zwischen Montag, den 18. März 1918, abends, und Donnerstag beim Morgendämmern, dem Beginn der großen deutschen Offensive an der Westfront. — Da ist dieser Stanhope, jung und kraftvoll, tapfer, pflichttreu und von jenem hohen Verantwortungsgesühl durchdrungen, das entschließend ist und den Einmündigen als gereifter Mann bereits zum Kompagniechef gemacht hat. Der Mann im Graben und der Dersel vertrauen ihm, er wird's schon machen. Er, der Held der noch jüngeren Schulgenossen, der Abgott der daheim wartenden Schwestern, der Stolz der sich in die Brust werfenden Eltern: dieser junge Kompagnieführer muß sich beinahe ständig unter Alkohol setzen, um erfüllen zu können, was man von ihm verlangt und erwartet, um zu vergessen, was hinter ihm liegt, und nicht daran zu denken, was noch kommen wird. Alle, alle läßt die Angst, und keiner da vorne an der Front sieht sich, es ehrlich zu bekennen. Der um drei Jahre jüngere Schul-

genosse, der „glücklich“ in seine Kompagnie gekommen ist, findet den vergitterten Freund zwar als einen klugen Offizier vor, aber auch als einen alten Ideale besessenen, an der Grenze des Irrens stehenden Pflichtfanatiker, ohne Mut und Glauben an einen Sinn dieses Lebens. Da ist ferner noch der verständigste, schullehrerliche, während seines Urlaubs sich einen Grottenartigen aneignet, um nicht an den Krieg zu denken, und der bei irgend einer Streife vor dem deutschen Graben endend, dann der wirkliche Feindling und schon berechnende Dreckberger — — all die gleichen Figuren, haben wie drüben. Da ist ein Kriegsfreiwilligenleutnant, seit drei Tagen an der Front, der sich über seinen Freund, den Kompagnieführer, mehr wundert als über den ganzen Krieg. Ein Granatstück erschlägt ihm das Rückgrat, aber er ist sich der Tödtlichkeit seiner Verwundung nicht bewußt; sein Gesicht leuchtet in Zuversicht, die im nächsten Augenblick der Tod ausstößt. Alle drei Alte im gleichen Unterstand und eine Handvoll Männer unter sich . . .

Der Fälscher-Prozess.

Karumidze vor dem Gericht tötlich angegriffen.

TU, Berlin, 14. Jan.

Die am Dienstag im Tschermonez-Fälscher-Prozess fortgesetzte Zeugenvernehmung ergab nichts Neues. U. a. wurden Bankbeamte aus München und Berlin gehört, denen die gefälschten Noten zum Kauf oder zur Verleitung angeboten wurden. Das Angebot wurde abgelehnt, nur eine Zweigstelle der Deutschen Bank in München belief entgegenkommenderweise 15 Tschermonez-Noten, die der Angeklagte Dr. Becker einlieferte, mit 150 Mark. Becker erklärte, er habe keine Ahnung davon gehabt, daß es sich um gefälschte Noten handelte.

Nach einer Mittagspause wurden dann noch mehrere Zeugen vernommen, mit denen der Angeklagte Dr. Becker bei seinen Bemühungen, die von Sadatieraschwili für die Balkan-Reise erhaltenen falschen Noten in Berlin und München beliehen zu lassen oder zu verkaufen, in Verbindung gekommen ist. Während der eine Zeuge behauptete, es hätte sich um insgesamt 10000 Tschermonez gehandelt, blieb Dr. Becker bei der Behauptung, es sei nur die Rede von Noten im Werte von 10000 RMK. gewesen.

Nach Schluß der Sitzung kam es vor dem Gerichtsaal zu einem Zwischenfall. Als der Angeklagte Karumidze das Gebäude verlassen wollte, traten zwei junge Leute an ihn heran und schlugen auf ihn ein Karumidze wehrte sich heftig, indem er den Mantel abwarf und auch feinerseits mit beiden Händen gegen die beiden Angreifer losging. Ein herbeieilender Schutzpolizist konnte noch den einen der flüchtenden Täter einsperren, der sich zwar widerlebte, schließlich aber abgeführt werden konnte. Die Zeugenvernehmung wird Donnerstag fortgesetzt werden.

Für den Schutz der älteren Angestellten.

Berlin, 14. Jan.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat in Verfolg seiner Eingabe an die Reichsregierung vom 20. Dezember 1929 seine Vorschläge zur Wiederunterbringung der feldlosen älteren Angestellten in Form eines Gesetzesentwurfes am 13. Januar dem Herrn Reichsarbeitsminister unterbreitet. Dieser Vorschlag sieht vor, daß unter bestimmten Voraussetzungen den Betrieben eine Verpflichtung zur Einstellung von älteren Angestellten auferlegt werden kann. Im Zusammenhang damit hat der D.H.V. dem Reichsarbeitsminister folgende Maßnahmen als dringend erforderlich bezeichnet:

1. Gesetzliche Vorschriften zur Einschränkung der Zahl der Doppelverdiener, wobei u. a. daran gedacht ist, daß erwerbsfähigen Aufsehern Beamten und Parteigeldempfängern ein angemessener Teil ihres Nebeneinkommens auf die Pension bzw. das Parteigeld angerechnet wird.
2. Verlängerung der Kündigungsfrist zum Nutzen der Angestellten, die nach mehr als 12 Jah-

ren Tätigkeit in einem Betrieb entlassen werden.

3. Abgangsschädigungen an gekündigte Angestellte, gestaffelt nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit.
4. Verstärkter Schutz der Angestellten bei Betriebsstillegungen.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

WTB, Weimar, 14. Jan.

Gestern Abend kamen die Verhandlungen der bürgerlichen Parteien und der Nationalsozialisten über die Regierungsbildung in Thüringen zum Abschluß. Dem Landtag soll folgendes Kabinett, das sich aus acht Mitgliedern und zwar drei Ministern und fünf Staatsräten zusammensetzen wird, vorgeschlagen werden: Ministerium des Innern und Volksbildungsministerium: Dr. Fried-München (Nat.-Soz.), Finanzministerium: Baum (Landvolkspartei), zugleich als Vertreter des ehem. Gebiets Altenburg, Wirtschaftsministerium und Justizministerium: Dr. Kästner (Wirtschaftspartei), zugleich als Vertreter des ehem. Gebietes Gotha. Dazu treten folgende Staatsräte: Marschler (Nat.-Soz.) für das Gebiet Weimar, Fort (Landvolksp.) für das Gebiet Reuß,

Kien (Dntl.) für das Gebiet Meiningen, Fürth (W.P.) für Rudolstadt und Bauer (D. Sp.) für das Gebiet Sondershausen.

Politische Zusammenstöße.

WTB, Berlin, 14. Jan.

In der Prinzenallee, im Norden Berlins, wurden gestern Abend um 11 Uhr acht Reichsbannerleute von etwa 30 Kommunisten überfallen, mit Stacheltreibern geschlagen und mit Steinen beworfen. Vier der Täter wurden festgenommen. Gegen Mitternacht wurden in der Grünentalerstraße, einer Querstraße der Prinzenallee, zwei weibliche Mitglieder der R.F.D. verhaftet und angegriffen. Als die beiden Frauen in das von ihnen bewohnte Haus in der Grünentalerstraße und die Haustüre verriegelt wurde, wurde von den Angreifern eine Scheibe der Haustüre eingeschlagen. Auch in diesem Falle konnten vier der Täter festgenommen werden.

Nach einer Meldung aus Buenos-Aires erklärten medizinische Autoritäten, das Papagenieberschlag sei seit Jahren im nördlichen Argentinien bekannt. Die Krankheit sei nur von Papageien auf Menschen, nicht aber von Menschen zu Mensch übertragbar. Im übrigen stammten die ausgeführten Papageien zumeist aus Brasilien.

Sprengstoffanschlag auf einen Geldtransport.

Wilkesbarre (Pennsylvania), 13. Jan.

Der mit der Auszahlung der Löhne beauftragte Beamte eines in der Nähe von Wilkesbarre gelegenen Bergwerks sowie zwei Grubenarbeiter wurden durch eine Explosion in Stücke gerissen, die den Geldwagen des Bergwerkes völlig zerstörte und 30000 Dollars in Fesseln nach allen Seiten verstreute. Die Explosion war, wie man annimmt, das Werk von Banditen, die den Geldwagen berauben wollten.

Die Explosion erfolgte durch elektrische Auslösung der unter der Gleisspur angebrachten Dynamitladung. Der Panzerwagen wurde mit ungeheurer Gewalt in die Höhe geschleudert und das eingeworfene Safe wurde aufgerissen. Der Lokomotivführer rannte mit der Maschine, die die Sprengstelle bereits passiert hatte, davon, um die Grubenpolizei zu alarmieren, die jedoch von den Verbrechern keine Spur mehr finden konnte. Die Detonation war so heftig, daß sie meilenweit im Umkreis gehört wurde.

Schwerer Raubüberfall.

Selbstmord eines flüchtenden Räubers.

TU, Bentzen, 14. Jan.

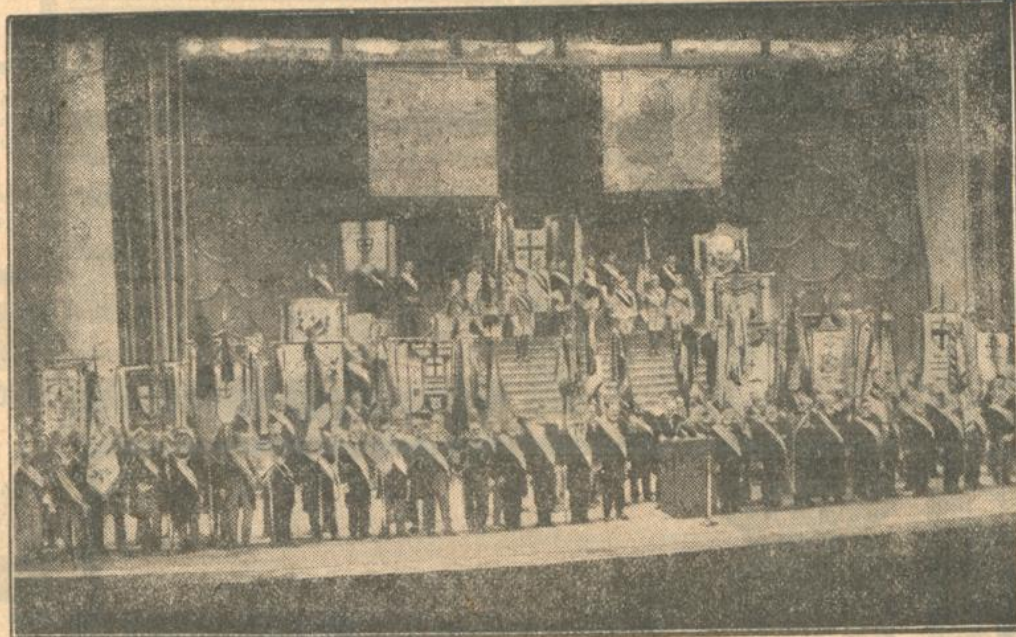
Am Montag nachmittag betrauten fünf junge Leute den Kassenraum der Stadtgrotte in Rößberg, hielten den beiden Beamten Pistolen entgegen und befahlen ihnen, sich auf den Fußboden zu legen. Während die Beamten von drei Räubern in Schach gehalten wurden, raubten die beiden anderen etwa 2000 RM. Einen größeren Geldbetrag auf dem Nebentisch übersehen sie. Darauf flüchteten sie, verfolgt von dem nicht überfallenen Inspektor Fusch, auf dessen Hilferufe hin die Polizei die Verfolgung aufnahm. Einer der Räuber gab auf die Beamten einen Schuß ab. Als er sah, daß ein Entkommen unmöglich war, schoß er sich eine Kugel in den Kopf und war auf der Stelle tot. Zwei weitere Räuber wurden von der Polizei gestellt, bedrohten die Beamten mit Pistolen, ergaben sich aber schließlich. Man fand bei ihnen 130 RM. Die Ermittlungen nach dem übrigen Geld und den beiden entkommenen Tätern, die erkannt sind, sind in vollem Gange.

Auffeherregender Tod eines amerikanischen Geldmannes.

WTB, New York, 14. Jan.

Der Vizepräsident des Bankhauses E. W. Straus u. Co., Herbert Spencer Martin, stürzte aus dem Fenster seiner Wohnung im 9. Stock. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß der tödlich Verunglückte sich in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster gestürzt hat. Seine Gattin, geb. Madeleine Straus, Tochter des Bankiers Straus, befandete, daß ihr Mann vor einem halben Jahre einen Nervenzusammenbruch gehabt und daß sie beabsichtigt hätten, sich heute nach Europa einzuküffeln, um dort einen Spezialisten zu konsultieren.

Die Trauerkundgebung für den verlorenen deutschen Osten.



Die Fahnenabordnungen der deutschen Vereinigungen während der Ansprache des Abgeordneten Riedel.

Zum Gedenken an die vor zehn Jahren erfolgte Völkerverdrängung der ostdeutschen Gebiete veranstaltete der Reichsverband der Heimatvertriebenen Ost- und Westpreußen, in Gemeinschaft mit den übrigen deutschen Exverbänden, in Berlin eine eindrucksvolle Trauerkundgebung.

Aufforderung!

Unterzeichnete bittet ihre geschätzte feierliche Familie, um Mithilfe, um die Durchführung des letzten Willens zu ermöglichen. Bitte näheres Angeben, da es sich um ein Amtsgericht, Pflanzstraße, Zimmer 60, einfinden.

Frau Herm. Braun
Witwe.
frühere Weinhandl.

Ab Lager lieferbar
Achenbach-Garagen
aus Wellblech, Stahl od. Beton

Schuppen jeder Art
Fahrradständer
zerlegbar, feuersicher, billige Bauweise, Angeb. mit Prospekten kostenlos.

Gebr. Achenbach
s. m. b. H.
Bau- u. Wellblechwerke
Weidenau Sieg.
Postfach Nr. 162
Vert. Eduard Mahmann
Karlsruhe, Draisstraße 9,
Telephon 4224

Anreines Gesicht
Bald Mittelalter werden die wenigsten Frauen das Zeitverweilungsmittel **Genus** (Starke A) Breite 2,75 Mark unter Garantie befreit!

Sommersprossen
Starke B) Preis 2,75 Mark
Starke C) Preis 3,75 Mark
Starke D) Preis 4,75 Mark
Starke E) Preis 5,75 Mark
Starke F) Preis 6,75 Mark
Starke G) Preis 7,75 Mark
Starke H) Preis 8,75 Mark
Starke I) Preis 9,75 Mark
Starke J) Preis 10,75 Mark

Starke K) Preis 11,75 Mark
Starke L) Preis 12,75 Mark
Starke M) Preis 13,75 Mark
Starke N) Preis 14,75 Mark
Starke O) Preis 15,75 Mark
Starke P) Preis 16,75 Mark
Starke Q) Preis 17,75 Mark
Starke R) Preis 18,75 Mark
Starke S) Preis 19,75 Mark
Starke T) Preis 20,75 Mark

Statt besonderer Anzeige.
Heute vormittag entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser treuer Vater und Großvater, Bruder und Schwager

Dr. med. Karl Doll
Geh. Hofrat
im 69. Lebensjahr.
Karlsruhe, den 14. Januar 1930.

In tiefer Trauer:
Ida Doll, geb. Strübe
Dr. med. Hermann Doll
Clara Wilser, geb. Doll
Käthe Doll, geb. Altgelt
Dr. med. Emil Wilser
und 4 Enkelkinder

Beisetzung: Donnerstag, den 16. Januar, 12.30 Uhr.

STATT KARTEN.
Heute mittag 3/4 1 Uhr verschied mein über alles geliebter, treuer, guter Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater und Großvater

Josef Krapp
im Alter von nahezu 66 Jahren.
KARLSRUHE, den 14. Januar 1930.

In tiefer Trauer:
Sofie Krapp, geb. Störkel
Susanna Schenck-Krapp
Herbert Schenck-Krapp
Irmgard Schenck-Krapp
und Verwandte.

Trauerfeier: Donnerstag mittag 4 Uhr in der Friedhofskapelle.
Bitte keine Kondolenzbesuche.

Statt Karten.
Meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Frau Aurelia Schmidt
geb. Knab
ist heute nachmittag nach kurzer, schwerer Krankheit in Frieden heimgegangen.

Für die trauernden Hinterbliebenen:
Rudolf Schmidt.
Karlsruhe, den 14. Januar 1930
Sofienstraße 77
Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 3 Uhr statt

Schnellnoch
Carmol holen damit ich in der Nacht Ruhe finde Carmol tut wohl

darf in keinem Hause fehlen.
Wie oft kommt es vor, daß man nachts irgend welche Schmerzen leidet. Man wird von Kopfschmerzen geplagt, das Zahnfleisch oder ein hohler Zahn, Hexenschuß, Wadenkrampf, Rheuma, Kreuz- oder Gliederschmerzen quälen einen. Hilfe bringt **Karmol**! Karmol tut wohl! Man verlange in Apotheken und Drogerien ausdrücklich **CARMOL**. Carmol tut wohl! Preis Mk. 1,50 und 2,75
Carmol-Fabrik, Rholmsberg (Mark)

Trauer-Anzeigen und Dankjagungskarten
liefert rasch und preiswert

Tagblatt-Druckerei
Geschäftsstelle: Kaiserstraße 203

Drogerie Lösch, Herrenstraße
Drogerie Tscherning, Amalienstraße 10

